

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus
oder bei Bezug durch die
Post

monatlich . . . Kz 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Zustellung
von Manuskripten erfolgt
nur bei Einsendung der
Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Samstag, 11. Feber 1923.

Nr. 39.

Das Schutzgesetz und die Presse.

I.

Eine besondere Fürsorge ist in dem Gesetz zum Schutze der Republik der Unterdrückung der Pressefreiheit gewidmet. Was, noch mehr Unterdrückung der Presse als bisher? Die Behandlung, welche der Presse im tschechoslowakischen Staate zuteil wird, macht diesen Ruf des Erstaunens begreiflich. Alles was das Herz des eifrigen Staatsanwaltes an Foltermitteln für die Presse erstrebenswert fand, stand ihm doch schon heute in reichster Auswähl zu Gebote. Die rückschrittlichsten der früheren österreichischen Regierungen fanden mit den Daumenschrauben und spanischen Stiefeln, die das Pressegesetz enthält, ihr volles Auslangen und konnten ihren reaktionären Sadismus damit nach Herzenslust ausleben. Keine dieser Regierungen hätte denn auch gewagt, zu erklären, daß das Pressegesetz zum Zwecke der Anebelung der Meinungsfreiheit unzureichend sei, und keine hätte die Kurage gehabt, vom Parlament eine Vermehrung des Arsenal an Unterdrückungsmitteln zu verlangen. Im Gegenteil: es gab Regierungen, die unter dem Druck des erstarkenden demokratischen Sinnes in der Bevölkerung die Verbesserungsbedürftigkeit des Pressegesetzes anerkannten und vor Ausbruch des Krieges, der die demokratische Entwicklung der politischen Verhältnisse gewaltig unterbrach, war die Reform des Pressegesetzes im Sinne einer freiheitlichen Ausgestaltung nur mehr eine Frage der Zeit. In Oesterreich wurden nach dem Umsturz praktisch die Fesseln, welche das Gesetz der Presse auferlegte, restlos abgestreift und seither wurde dort ein wirklich modernes, von demokratischem Geiste erfülltes Pressegesetz geschaffen, das den tschechischen Patrioten, welche einer alten lieben Gewohnheit zufolge, Oesterreich und Reaktion noch immer als Synonyme Begriffe ansehen, die Rote der Scham ins Gesicht treiben müßte. Denn sie, die alles „Oesterreichische“ auf den Tod zu hassen erklären, haben unter vielen anderen österreichischen Alteltümern und Monstrositäten, mit denen sie ihr trautes Heim schmücken, auch das Pressegesetz unterjocht herübergerettet und ihm treueste Pflege angedeihen lassen. Aber noch mehr — man halte sich am Stuhle fest — nun ist ihnen, den Neu- und Ueberdemokraten auch schon dieses Gesetz zu wenig reaktionär, weshalb das famose Schutzgesetz dazu aussersehen ist, um ihre heiße Sehnsucht nach vollständiger Anebelung der Pressefreiheit zu stillen. Der schönen Sammlung von Marterinstrumenten soll noch das Henkerbeil hinzugefügt werden, um damit die unbequeme Pressefreiheit völlig zum Schweigen zu bringen.

Ehe darauf eingegangen sei, wie es in Einkunft werden soll, sei dargestellt, wie die Freiheit der Presse bei uns jetzt schon beschaffen ist. Das geltende Pressegesetz ist ein solches, wie es kein zweiter westeuropäischer Staat mehr kennt. Es gibt der Staatsgewalt das Recht, jeden Gedanken, jede Meinung, die durch den Druck ins Leben treten soll, schon vor der Geburt, sozusagen im Mutterleib, zu töten. Noch ehe eine Druckschrift den Weg zu den Lesern findet, wird von eigens dazu bestellten Lustmördern, den Zensoren, jedes darin enthaltene Wort geprüft, ob es nicht geeignet ist, den frommen Untertanenverständnis der Staatsbürger „aufzureizen“. Und was gilt nicht heute schon alles als „Aufreizung“, als „Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ und als „Schmälerung staatlicher Einrichtungen“! Ein Glück für den tschechischen Nationalheiligen Johann Hus, daß es ihm erspart geblieben ist, im neudemokratischen tschechoslowakischen Staate seine kulturelle Mission ausüben zu müssen. Man wäre hier rascher, wenn auch auf kaltem Wege, mit ihm fertig geworden: jedes gesprochene Wort hätte der Regierungsvertreter überwacht und jedes gedruckte hätte der Keilspitze des Zensors einfach ausgetilgt. Die Unständlichkeiten und Aufregungen des Konstanzer Konzils wären über-

Reichsfinanzler Cuno predigt den Agrariern.

Wer mit Brot und Nahrungsmitteln wuchert, ist ein Verräter am Vaterlande.

Berlin, 16. Feber. (Wolff.) In der heutigen Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates ergriß der Reichsfinanzler das Wort und sagte u. a.:
„Diese Tagung fällt in eine Zeit höchster außenpolitischer Spannung. Es gibt keinen Teil unseres Vaterlandes, der nicht die ganze Schwere dieses Kampfes empfinden würde, eines Kampfes, des Rechtes gegen das Unrecht, eines Kampfes der freien Selbstbetätigung gegen französischen Imperialismus, eines Kampfes gegen Uebermacht, gegen die kapitalistischen Bestrebungen und den Macht hunger des Feindes. Woher schöpfen wir unsere Kraft? Wir schöpfen sie aus dem reinen Gewissen, das wir vor unserem Volk und vor der Welt haben. Und welches sind unsere Waffen? Welche sind unsere Abwehrmittel? Nicht Wehr und Waffen, aber etwas noch Wirksameres. Wir haben den Kampf im Zeichen einer Volksgemeinschaft aufgenommen. Vor allem muß die Ernährung gesichert sein und diesen Fragen der Ernährung dient die Arbeit, die Sie hier vorhaben. Ich weiß, daß auf die Landwirtschaft in dieser Hinsicht gerechnet werden darf. Ich weiß, daß Sie mit mir darin einig sind, daß mit Lebensmitteln und mit Brot nicht spekuliert werden darf. Ich richte diese Mahnung an alle Erwerbstätigen, aber auch im besetzten Gebiet, da leider Gottes Wucher und Spekulation auch auf diesem Boden ihr Haupt erhoben. Jeder, der mit Brot und Nahrungsmitteln Wucher treibt, ist ein Verräter am Vaterlande.“
Sie haben durch die Spenden, die Sie

reichlich den Kämpfern an der Ruhr zugesührt haben, zugleich gezeigt, daß Sie willens sind, nicht nur mit Ihrer Arbeit, sondern auch mit Ihrer Opferwilligkeit sich in den Dienst der Abwehr zu stellen. Ich danke Ihnen dafür, ich bitte Sie, aber nicht zu vergessen, daß der Kampf auf lange Zeit eingekesselt sein muß, daß wir uns nicht verrechnen dürfen und die Abwehrkraft des Volkes an der Ruhr erhalten müssen. Lieber auf längere Zeit, als es notwendig ist, als auch nur eine Stunde zu wenig.
Wir müssen uns klar darüber sein, daß diese Abwehrfront nur halten kann, wenn die Vereinfachung der Lebenshaltung bei allen Klassen Platz greift. Voraussetzen wir uns nicht an feierlichen Protesten, tun wir es lieber dadurch, daß wir uns den ganzen Ernst der Lage vor Augen halten. Wir gehen Zeiten entgegen, die schwerer sind als alle bisherigen. Wir werden in der Regierung in vollkommenem Einvernehmen mit den Regierungen der Länder den geraden Weg, der eingeschlagen wurde, nicht verlassen.
Wir werden die Kerben nicht verlieren. Der Weg zu unserem Ziel ist lang und mühevoll. Wann wir es erreichen, weiß heute niemand. Das Ende des Kampfes entscheidet über Freiheit oder Unfreiheit des deutschen Volkes. Indem Sie das Land bestellen und alles aus dem Boden herauszuholen suchen, was möglich ist, und es dem deutschen Volke zuführen, stellen Sie als Vertreter der Landwirtschaft sich in die Front des Abwehrkampfes an der Ruhr.“

flüssig gewesen. Die Einrichtung des Zensors, der die im Staate geborenen Gedanken und Meinungen bevormundet, trägt ganz vormärzliches Gepräge. Sie entstammt der kleinlichen Vorstellungswelt, daß jeder Gedanke an sich schon etwas Staatsgefährliches ist. Nicht Denken, sondern Ruhe ist des Bürgers erste Pflicht! So gebeut es die Nachtwächtergesinnung, die jede freie Meinung als Bedrohung des sanften Schlafes aller staatsreuen Schlafhäuten und Pipelmühen aufzuspähen sucht. Das geltende Pressegesetz gibt dem Zensor, irgendeinem engstirnigen Bureaukraten — der oft nicht weiß, was die geistige Arbeit des Schriftstellers und Journalisten ist, und von dem noch gar nicht feststeht, ob er selber außer seiner papierernen Amtssprache einen Satz forreilt zu schreiben versteht, geschweige, einen Gedanken zu fassen und ihn in richtige Worte zu kleiden — die Macht, über jeden Gedanken der anderen Staatsbürger unkontrolliert und unverantwortlich zu Gericht zu sitzen und ihn ohne Verhör zum Tode zu verurteilen.

Es gibt, außer frommen Traktätschen, nichts, was der Zensor nicht konfiszieren könnte und wofür sich in den Bestimmungen eines der Paragraphen des Strafgesetzes nicht eine Art „Begründung“ finden lassen würde. Die ruhigste und zahmste Kritik braucht, wenn er nicht will, vor den Augen des Zensors keine Gnade zu finden. Entweder einer eigenen „Eingebung“ oder jener des Justizministers folgend, kann er schlangenschnel jeden Artikel konfiszieren, dessen Veröffentlichung der jeweiligen Regierung unerwünscht ist. Die Beschlagnahme der betreffenden Druckschrift erfolgt im kurzen Wege, ohne vorheriges gerichtliches Erkenntnis und hat nicht nur die Ausmerzung des betreffenden Artikels, sondern auch in jedem Falle eine materielle Schädigung des Verlegers oder der Herausgeberschaft der Druckschrift zur Folge. Wohl ist die vom Staatsanwalt — der hier Ankläger, Richter und Urteilsvollstrecker in einer Person ist — verübte Konfiskation vom Gerichte durch ein Erkenntnis zu genehmigen, aber das Gericht möchten wir sehen, das eine vom Staatsanwalte vorgenommene Konfiskation nicht genehmigen würde. Ein Gericht, das einer vom unfehlbaren Staatsanwalt vorgenommenen Beschlagnahme die Genehmigung verweigern

würde, verdiente, als weißer Rabe bestaunt zu werden. Dieses Naturwunder tritt meist schon deshalb nicht ein, weil der Staat, imfalle das Gericht die Aufhebung der Konfiskation verfügen würde, für den der Zeitung oder dem Verleger durch die Beschlagnahme zugefügten Schaden haftbar ist. Wir vermögen uns nicht zu erinnern, daß seit vielen Jahren auch nur ein einzigesmal ein Gericht sich gefunden hätte, das eine Konfiskation in vollem Umfange rückgängig gemacht hätte. Im besten Falle wurde die Konfiskation der einen oder der anderen Stelle eines Artikels nicht bestätigt, was der Zeitung den erlittenen materiellen Schaden nicht gutzumachen vermochte.

Auch die letzte Form des Rechtes, eine Konfiskation vom ordnungsgemäßen Urteil eines Gerichtes abhängig zu machen: die Berufung an die höhere Gerichtsinstanz, stellt sich in der Praxis als leerer Schein des Rechtes heraus. Die Einsprüche der Zeitungen gegen Konfiskationserkenntnisse haben fast immer das gleiche Ergebnis: die meist restlose Abweisung des Einspruches. So gibt es heute schon kein Mittel, der Willkür des Zensors oder der sie „instruierenden“ Regierung in bezug auf die Behandlung der Meinungsfreiheit abzulwehren. Man muß daher das plöylich erwachte Bedürfnis, die Presse noch strenger an die Kette zu legen, unerklärlich finden. Es ist reiner Uebermut der herrschenden Reaktion, wenn sie, um die „Erziehung“ der Staatsbürger „im Sinne der wahren Demokratie“ vorzunehmen, sich künstlich nicht mehr mit dem objektiven Verfahren gegen die Presse begnügen, sondern die Verfasser und Redakteure auch subjektiv verfolgen will. Wenn der Entwurf des Gesetzes zum Schutze der Republik in der vorliegenden Form durchgeht, dann werden die Verfasser und Redakteure mehr im Gefängnis und Kerker, als in den Redaktionen ihren Wohnsitz aufschlagen können. Statt einer Reform des Pressegesetzes, also drohende neue und verstärkte Drangsalierung der Presse, deren Mitarbeiter jedes Wort, das sich über das vaterländische, koalitionsfreundliche Niveau etwa der „Prager Presse“ erhebt, in Kerker zu büßen haben werden. Das ist, wie gezeigt werden soll, das künftige Los der Presse, welches ihr die Regierungsmehrheit durch das Gesetz zum Schutze der Republik bereiten will!

„Mein Wille ist Befehl“.

Von unserem italienischen Mitarbeiter.

Die italienische Kammer ist fünf Tage lang geöffnet gewesen; daß sie diskutiert oder funktioniert hat, kann man nicht eigentlich sagen: sie war eben fünf Tage lang nicht geschlossen, wie dies seit Dezember und bis April sein wird, und hat in diesem kurzen Intervall eine Reihe von internationalen Verträgen ratifiziert. Die formale Bedeutung dieser Ratifizierung wird von keiner Seite in Abrede gestellt. Es bestand nur in gewissen Kreisen die Auffassung, daß auch die innere Politik des Landes einer Diskussion wert sein könnte, über welche Auffassung man durch den Ministerpräsidenten eines besseren belehrt worden ist.

Im Vordergrund der innerpolitischen Erscheinungen stehen die Massenverhaftungen von Sozialisten und Kommunisten, für die ein Manifest der Dritten Internationale den Anlaß gibt. Es sind bereits viele Hunderte von Personen unter der Auflage eines Anstriches auf die Sicherheit des Staates verhaftet worden. Da das Manifest zur Bildung eines internationalen Fonds zur Bekämpfung des Fasizismus aufforderte und der Staat und das Vaterland für die heutige Regierung gleichbedeutend sind mit dem Fasizismus, so ist logischerweise jeder Gegner der Fasizisten ein Verräter des Vaterlandes. Die Angehörigkeit zu einer Partei stellt den Zusammenschluß dar: die faszistische Polizei gräbt in den merkwürdigsten und verborgenen Orten Waffenlager aus, in so merkwürdigen Orten und mit so großem Sparsinn, daß man versucht ist zu glauben, dieselbe Polizei hätte diese Orte und diese Waffen schon gefasst, noch ehe sie sich zusammenfanden; außerdem findet man natürlich bei den zahlreichen Hausdurchsuchungen Briefe, man findet sogar Geld. Alles ist also mehr als bewiesen: Leute, die Gegner der Fasizisten sind, Waffen, die man ausgräbt, dazu geschriebene Briefe und Geld: unter der Wucht solcher Beweise werden die Verhafteten sicher die ihnen und allen Gegnern des Fasizismus in Aussicht gestellte „Bewahrung“ finden. Wie hochanständig und ritterlich der Fasizismus seine Gegner behandelt, erhellt übrigens aus einem offiziellen Kommuniqué, das über die körperliche Durchsuchung berichtet, der der sozialistische Abgeordnete Dr. Massi, ein bekannter Augen-Spezialist, bei seiner Rückkehr aus Anstand unterworfen wurde; in dem Kommuniqué heißt es, daß „in dem Gepäc des Abgeordneten“ 30 Gramm Gold gefunden wurden. Natürlich denkt man an ungemünztes Gold, das zu Spekulationszwecken aus Ausland verschleppt worden wäre; viele haben keine Vorstellung davon, wieviel 30 Gramm eigentlich sind, und denken an einen schönen Profit aus einem Säckchen Gold. Dabei hatte der Abgeordnete keinen weiteren Goldwert bei sich als eben . . . seine Manschettenknöpfe! Immerhin genug, um zu versuchen, einen anständigen Namen zu befehlen.

Neben dem „kommunistischen Komplott“ steht auch eine Aktion gegen den Freimaurerorden bevor, dem die Fasizisten Freidenkertum und demokratische Auffassung des Staates zum Vorwurf machen. Es bleibt abzuwarten, ob sich der Ministerpräsident über die internationale Macht des Freimaurerordens genug Rechenschaft ablegt, um von einer gewaltsamen Aktion gegen diese Organisation abzusehen. Fügt man hinzu, daß faszistische Gewalttaten fortdauern, daß man in Livorno dem Abgeordneten Modigliani (soz. Einheitspartei) den Part ausgerufen hat, wobei sich über 20 Fasizisten auf den Waffenslosen stürzten, daß in Alessandria einer sozialistischen Lehrerin die Haare abgeschoren wurden und das Gesicht grün angestrichen, so wird man zugeben müssen, daß das italienische Parlament auf den Gedanken verfallen konnte, eine Diskussion über die innere Lage zu wünschen.

Die Ablehnung Mussolinis, wie sie im offiziellen „Messaggero“ wiedergegeben ist, hatte den folgenden Wortlaut: „Ich habe es abgelehnt, mich auf eine der üblichen allgemeinen Diskussionen einzulassen, bei denen nichts herauskommt. Solange ich am Regierungstisch sitze, wird die Kammer nicht zu einer Volksversammlung werden. In Sachen der inneren Politik gibt es nichts zu diskutieren; was geschieht, geschieht auf Grund meines ausdrücklichen und direkten Willens und auf meinen deutlichen Befehl, für den ich natürlich volle persönliche Verantwortung übernehme. Es ist also zwecklos, die Beamten der verschiedenen Verwaltungen zur Zielscheibe zu nehmen: es sind meine Befehle. Es kümmert mich nicht, ob ein Komplott existiert in dem Sinne, den man bisher diesem Worte gab. Das werden die zuständigen In-

Unterhausdebatte über die Ruhraktion.

Scharfe Sprache der Arbeitervertreter.

stanzten feststellen; es existieren Leute, die sich der Illusion hingaben, ungestraft den Staat und den Faschismus zu bekämpfen. Diese Illusion müssen sie jetzt nachgerade verloren haben und werden sie in Zukunft noch mehr verlieren. Der Unterschied zwischen den Liberalen und dem faschistischen Staat besteht gerade darin, daß der faschistische nicht nur sich vertritt, sondern auch angreift. Und wer die Absicht hat, ihn im Inland zu verfeinden, soll wissen, daß dies Geschäft schweres Risiko mit sich bringt. Die Feinde des faschistischen Staates sollen sich nicht wundern, wenn ich streng mit ihnen umgehe."

Die eigenartige „faschistische Auffassung“ des Parlamentes findet ihr Pendant in der faschistischen Auffassung des gemeinen Rechts. Der Ministerpräsident Italiens — nicht einer südamerikanischen Republik, sondern des Landes, dem ein großer Teil der modernen Rechtsentwicklung zu danken ist — hat dieser Tage an den florentiner Faschisten, in dessen Kreise zwei Faschisten einander erschossen haben, das nachstehende Telegramm geschickt: „Sagt mit lauter Stimme allen Faschisten der Toskana, daß das glühende Blei für die Feinde des Vaterlandes und des Faschismus aufzuspüren ist.“ Kein Wort der Ablehnung des politischen Mordes. Wenn das moderne Recht das der Feindschaft überwand, indem es die Strafbarkeit der Handlung nicht abhängig ließ von der Person des Täters und von der des Opfers, so daß der Herr, der den Knecht tötete, genau so strafbar war, wie der Knecht, der sich an seinem Herrn verging, so überwindet das „faschistische Recht“ diese Auffassung. Sie nimmt der Justiz die Binde ab. „Du sollst nicht töten“ ist eine veraltete, eine „liberale“ Formel; „du sollst keinen Faschisten töten.“

Mussolini spricht sich die Macht zu, die Weisheit zu binden und zu lösen. Er glaubt, tief in unser soziales Empfinden und in jahrhundertlange Tradition eingebettete Rechtsbegriffe zeitweilig ausschalten zu können. Wie man im Krieg lehrte: der feindliche Soldat ist kein Mensch, so lehrt man heute: der Nicht-Faschist ist kein Italiener. Man erbindet nicht nur der menschlichen Solidarität ihm gegenüber, sondern man hebt auch das Strafrecht im Hinblick auf ihn auf. Seit Monaten entwaffnete man systematisch jede Opposition gegen den Faschismus. Dann machte man alle gegen Gegner des Faschismus begangene Gewalt durch die „Weisheitsassemblierie“ straflos. Heute mißbilligt der erste Minister an einem politischen Wort nur die Wahl des Opfers. Das ist eine sehr gefährliche Taktik, von ihrer moralischen Bewertung ganz abgesehen. Je mehr sich die Rechtspraxis in Italien in den Begriff einlebt, daß der Sozialist und Kommunist vogelfrei sind, ihr Recht jedes Rechtsschutzes bar, um so mehr besteht die Wahrscheinlichkeit, den Begriff des „Freiwildes“ ausdehnen zu sehen, auf die Klerikalen heute, auf die Nationalisten morgen. Anfänge in dieser Hinsicht bestehen bereits. Gerade weil Mussolini sich eine absolute, gottgleiche Macht über die Seelen der Faschisten zutraut, schien ein Wort der Ablehnung des Mordes um so mehr im Klage. Das Wort blieb aus; nicht der Mord wurde geahndet, sondern die Wahl der Opfer. Der Ministerpräsident vertraut offenbar darauf, morgen binden zu können, was er heute mißachtet.

Und doch zeigen sich schon jetzt Beispiele dafür, wie schwer man die Weisheit los wird, die man ruft. Das Familienorgan Mussolinis bringt dieser Tage einen Angriff gegen die Unternehmer, die unter ihren Arbeitern Unzufriedenheit säen. Das Blatt stellt die Sache so dar, als ob diese Unzufriedenheit den Unternehmern in Mittel sei, gegen die Regierung zu handeln, und droht in folgenden Worten: „Die Industriellen sollen wissen, daß unser Heerführer und für ihn keine Regierung bei jeder Gelegenheit detont, daß er nicht eine arbeitserfündlich oder unangenehmheitspolitik treiben will. Wir... fragen uns, ob wir nicht einen hinterlistigen Anschlag gegen die Regierung und gegen den faschistischen Staat vor uns haben, und zwar gerade von Seiten jener Kategorien, die die Pflicht hätten und den Vorteil — nicht ihren Sonderposten — dieser Regierung in ihrer schweren Arbeit der moralischen und wirtschaftlichen Sanierung des Landes zu helfen.“

Die Unzufriedenheit hat aber gar nicht so hinterlistige und verheimlichte Gründe: es handelt sich einfach um Entlassungen und Lohnverminderungen, gegen welche die halb vernichteten Gewerkschaften nicht mehr ankämpfen können. An Stelle der Abwehr der organisierten Arbeiterschaft soll heute das „Sie voleo, sie jubeo“ des Heerführers treten. Wer nicht folgt, ist ein Feind des Faschismus, also ein Vaterlandsverräter. Es ist das Kinderstübchenmärchen: der gute Unternehmer hat eine glückliche und zufriedene Arbeiterschaft; dafür segnet ihn der Minister mit einem Orden und einem Telegramm und Gott mit Reichum und langem Leben. Das ist gewiß sehr hübsch gedacht, aber in Wirklichkeit hat man kein Lob und Tadeln die Unternehmer von der Anbahnung der Arbeiter abgebracht; nur die organisierte Abwehr der berechtigten Arbeiter selbst. Und wie in der Wirtschaft, so auch in der Politik: eine Partei kontrollierte und sparte die andere, heute will der Faschismus die Parteien der Linken vernichten, die der Rechten absorbieren. Das Steuer der Dinge soll im Gehirn eines einzelnen liegen, nicht sich aus dem Spiel der Kräfte, aus Gewicht und Gegengewicht ergeben. Mussolini äußert wiederholt eine Art Madiatorenfreude an der Last seiner Verantwortlichkeit. Diese subjektive Freude genügt nicht. Die Verantwortlichkeit für die Geschehnisse eines Landes mit vierzig Millionen Einwohnern soll mehr als ein präkales Kraftgefühl auslösen in dem, der sich anmacht, sie zu tragen.

London, 16. Feber. Bonar Law teilte gestern auf verschiedene Anfragen im Unterhaus betreffend die Schulden Frankreichs, Italiens, Belgiens und der anderen Länder an England mit, er habe der Pariser Konferenz einen Plan unterbreitet, in welchem die britische Regierung eine allgemeine Regelung der Fragen der Reparationen und internationalen Schulden empfahl. Was die Zukunft betreffe, so könne er nur sagen, daß die britische Regierung vollkommen freie Hand behält, um eine dieser Fragen oder beide wieder aufzurollen, wenn sich eine geeignete Gelegenheit dazu bietet. Abgesehen von einem Wiederaufbaukredit von neun Millionen Pfund, worauf Zinsen in bar gezahlt werden, schuldet Belgien an England nichts mehr. Mac Neil erklärte auf einen Antrag Morell über die Besetzung Badischer Städte durch französische Truppen, die Rheinlandskommission habe auf Initiative des französischen Oberkommissars einer Verfügung zugestimmt, die die erwähnten Städte ihrer Jurisdiktion unterstelle. Der britische Vertreter habe sich der Teilnahme an diesem Beschlusse enthalten. Bonar Law erwiderte auf eine Anfrage des Liberalen Neill, er werde die britische Regierung im Böhmerlande anweisen werde, die Frage der Revision des Friedensvertrages aufzuwerfen, er glaube nicht, daß irgend ein Vorteil aus dem vorgeschlagenen Verfahren entstehen würde, auf verschiedene Anfragen, ob auch von Seite der französischen Regierung irgend ein Ersuchen gestellt worden sei, einen Teil des englischen Besetzungsbereiches der französischen Besetzung abzutreten, um die Waghaltung der Ruhrlokale und den Durchgang der französischen Truppen zu erleichtern, erwiderte er: „Die französische Regierung hat kein derartiges Ersuchen gestellt. Das Mitglied der Arbeiterpartei Burton fragte den Premierminister, ob die Ansicht der Rechtsberater der Krone über die Frage eingeholt worden sei, ob die Aktion der Franzosen dem Vertrag von Versailles widerspreche. Der Premierminister bejahte diese Frage. Burton fragte dann, ob die Ansicht der Rechtsberater insbesondere darüber eingeholt werden wird, ob die Aktion aufgrund des Teiles Nr. 8 des Friedensvertrages zulässig war, auf den die Franzosen ihre Aktion gründen und der die einstimmige Zustimmung der Reparationskommission erfordert. Auf diese Anfrage erwiderte Neill, es werde wieder los sein, den von Burton vorgeschlagenen Weg zu verfolgen.

Chenes (Arbeiterpartei) brachte einen Änderungsantrag zu der Antwortadresse

Entwurf eines Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes.

Die Regierung hat am 12. Feber den Entwurf eines Gesetzes zum Schutze der Republik eingebracht, durch welches den Mitgliedern der Regierung ein erhöhter strafrechtlicher Schutz gewährt werden soll. Die Regierung bindet ferner die Einbringung weiterer zwei Vorlagen an, welche im Zusammenhange mit dem beantragten Gesetze zum Schutze der Republik stehen. Sinegen hat die Regierung das Ministerverantwortlichkeitsgesetz, zu dessen Einbringung sie nach der Verfassungsurlunde verpflichtet ist, bisher noch immer nicht überreicht, obgleich sie im Zusammenhange mit den obenangeführten Entwürfen zur Einbringung eines Gesetzes über die Ministerverantwortlichkeit hätte gelangen müssen. Die Abg. Genossen Dr. Czoch, Cermak, Hillebrand und Dr. Haas sahen sich daher veranlaßt, im Abgeordnetenhaus einen derartigen Initiativantrag zu stellen.

Es besteht bei uns der für einen demokratischen Staat unhaltbare Zustand, daß wohl jeder Staatsbürger und jeder Beamte für Pflichtverletzungen zur Verantwortung gezogen werden kann, hingegen die Minister als einzige Staatsbürger wegen Verletzung ihrer Amtspflichten strafrechtlich nicht verfolgt werden können. Die Regierung ist sich der Unhaltbarkeit dieses Zustandes, sowie seiner Unvereinbarkeit mit einer demokratischen Verfassung selbst bewußt, denn sie hat in der offiziellen „Prager Presse“ vom 15. Juli 1921 folgende Notiz veröffentlicht:

„Die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Regierung. Einige Blätter brachten die Meinung, daß das Ministerium des Innern bisher den Gesekentwurf über die strafrechtliche Verfolgung des Präsidenten der Republik und der Mitglieder der Regierung nicht ausgearbeitet habe. Siezu erfahren wir vom Ministerium des Innern, daß dieser Entwurf nach schwierigen Verhandlungen sämtlicher beteiligter Faktoren und nach eingehenden Beratungen, sowie der Anhörung von Sachverständigen von diesem Ministerium vor drei Wochen dem Ministerrate zur Genehmigung unterbreitet wurde. Die Verhandlungen über den Entwurf wurden mit aller Beschleunigung durchgeführt. Im Hinblick auf die Wichtigkeit des Gegenstandes konnte nicht mit Berechtigung von irgend einer verschuldeten Verzögerung gesprochen werden.“

Zeit dieser offiziellen Notiz sind eineinhalb Jahre verlossen, ohne daß die Regierung den Gesekentwurf, welcher nach der Notiz bereits im Juli 1921 dem Ministerrate vor-

auf die Thronrede ein, in dem gesagt wird, daß der künftige Zustand Europas eine Quelle künftiger Kriege, verschlechterter Zustände und Streiks sei. Er sprach sein Bedauern darüber aus, daß die Thronrede sich nicht mit dem fortschreitenden Verfall der europäischen Wirtschaft befaße. Schließlich wird auf die Dringlichkeit einer allgemeinen Tilgung der Kriegsschulden verwiesen, wodurch es dem Völkerverbund oder den einzelnen Völkern ermöglicht würde, ein Organ des Friedens und der friedlichen Entscheidung wichtiger Fragen und wirtschaftlichen Klauseln der Friedensverträge zu sein. In dem Abänderungsantrag trägt Chenes, welche Politik England in der jetzigen Situation zu verfolgen gedenke, und fordert die Einberufung einer Konferenz zur Revision des Friedensvertrages.

Die Meinung der „Times“.

London, 16. Feber. (Amtliches Radio.) Das Parlament setzte gestern die Debatte über die Antwort auf die Thronrede fort. Wie Chenes, so wandten sich auch die übrigen Redner der Ruhrfrage zu, die nun einmal der beherrschende Faktor der europäischen Lage ist. Die „Times“ sagt: Ein großer Gewinn der Debatten in den letzten Tagen ist, daß sie keine Gelegenheit zu einem Mißverständnis weder vonseiten Frankreichs, noch vonseiten Deutschlands, aufkommen ließen. Das britische Volk denkt Frankreich gegenüber freundlich und begreift viele Gründe, die es nötigen, so zu handeln, wie es handelte. All dies aber kann ein starkes Risiko über die französische Aktion im Ruhrgebiete und erste Beorgnisse wegen ihrer eventuellen Folgen nicht verhüllen. Alle Parteien des britischen Parlamentes verurteilen die Methoden, durch die Frankreich das Problem zu lösen versuchte, das eine gemeinsame Angelegenheit der im Kriege verbündeten Staaten ist. Eine nachdrückliche Beurteilung der französischen Operation bedeutet aber nicht, daß sich das britische Volk auf die deutsche Seite neigt. Tatsache ist, daß wir, obwohl wir auf der Verpflanzung Deutschlands beharren, daß es die Reparationen bis zum vollen Betrage bezahle, der von ihm gefordert werden kann, doch nicht zu geben können, daß Frankreich den richtigen Weg zur Erzwingung seiner Bezahlung gewählt habe. Großbritannien hat jetzt keine Möglichkeit zu einer Intervention. Vorläufig bleibt der britischen Regierung nichts anderes übrig, als die Ereignisse sorgfältig zu beobachten und abzuwarten.

Das Schutzesetz im Spiegel der Presse.

Die Regierung wäre zur Vorlage des Gesekentwurfes über die Ministerverantwortlichkeit um so mehr verpflichtet gewesen, als bereits mehrere Ministeranklagen nicht einmal der formellen Geschäftsbehandlung zugeführt werden konnten, weil über die Art dieser Geschäftsbehandlung keine gesetzlichen Vorschriften bestehen. Der von unseren Genossen vorgebrachte Gesekentwurf hat den Zweck, die nunmehr besonders dringend gebotene Ausfüllung der Lücke in der Gesekgebung durchzuführen.

Am § 1 des Gesekentwurfes heißt es: Der Vorstehende und die Mitglieder der Regierung sind zu bestrafen, wenn sie absichtlich oder aus grober Fahrlässigkeit innerhalb ihres amtlichen Wirkungsbereiches die Verfassung oder sonstige Gesetze verletzen. Diese strafrechtliche Verantwortlichkeit der Minister erstreckt sich insbesondere: a) auf alle Akte des Präsidenten in Ausübung der Regierungs- und Vollzugs Gewalt (§ 68 Verfassungsurkunde); b) auf alle von der Gesamtregierung erlassenen Verordnungen, Verfügungen und Befehle; c) auf alle von einem einzelnen Minister innerhalb seines Wirkungsbereiches erlassenen Entscheidungen, Verfügungen und Verfügungen. Der § 2 lautet: Der Vorsitzende des Obersten Rechnungskontrollamtes und die mit der selbstständigen Leitung eines Ministeriums betrauten Beamten sind den Ministern in Beziehung auf deren Verantwortlichkeit gleichzustellen. Der § 3 besagt: Das Recht zur Anklage steht dem Abgeordnetenhaus zu. Ein auf Ministeranklage gerichteter Antrag ist jährlich zu überreichen und muß 21 Unterschriften tragen. Die übrigen Paragraphen enthalten die näheren Bestimmungen über die Durchführung und Behandlung der Ministeranklage.

Tschechisch-sozialistische Stimmen gegen das Schutzesetz.

Das Blatt der unabhängigen tschechischen Sozialdemokratie „Budoucnost“ sagt unter anderem: „Der beste Schutz der Republik wäre eine verständige Politik, die die Massen des Volkes und nicht bloß einige Wenige befriedigen würde. Unser Regierungssystem ist der österreichischen Schule nicht fremd und unsere Staatsmänner haben aus den Fehlern des alten Oesterreichs nichts gelernt. Schritt für Schritt begegnen wir der unglücklichen österreichischen Taktik und wir können ruhig sagen, daß diese Taktik die größte Gefahr für die Republik bildet. Wenn wir uns nicht bald von diesem unglücklichen System abwenden, dann werden wir erst ein Gesetz brauchen, aber gegen diejenigen Personen, die uns in dieses unglückliche System hineingeführt haben, und die in diesem unglücklichen System die kapitalistische Ordnung in diesem Staate regier-

ten. Jetzt brauchen wir kein Gesetz zu haben, die gegen das Volk und nur zugunsten der Schutz der Republik. Wir brauchen aber eine verständige Wirtschaftspolitik, die der gesamten Bürgerschaft dieses Staates ein zufriedenes Leben garantiert. Wir brauchen Arbeit für unsere Arbeiterschaft und Abfall für unsere Industrie- und Wirtschaftserzeugnisse.“ Das tschechische Organ der tschechischen Nationalsozialisten „Bezrukovskaj“ wendet sich ebenfalls gegen das Schutzesetz, dessen Bestimmungen es als Rundgebung des Rückschrittes und der Reaktion bezeichnet. Das Blatt wendet sich besonders gegen die Anhebung der Presse und schlägt: „Wir befürchten, daß wir auf die Stufe Magyariens sinken, in der die scharfe Kritik der Rede des Ministerpräsidenten durch ein Jahr Kerker, große Geldstrafen und Verlust der Bürgerrechte bestraft wird.“

Sogar Hudec ist gegen das Schutzesetz.

Im „28. Kijen“ kommt der eben von einer Krankheit genesene Abgeordnete Hudec, der sich nicht gerade durch revolutionäre Gesinnung auszeichnet, auf das Schutzesetz zu sprechen und sagt unter anderem:

„Das Gesetz bringt Bestimmungen, die man in der demokratischen Republik geradezu als unerhört bezeichnen muß. Es sind dies hauptsächlich die Bestimmungen, welche der Presse drohen und die die Grundzüge der Verfassung selbst antasten. Der § 113 der Verfassungsurkunde sagt: Die Freiheit der Presse ist garantiert. Und das Gesetz über die außerordentlichen Maßnahmen aus dem Jahre 1920 erlaubt die Pressefreiheit bloß im Ausnahmestande zu beschränken und eine Zeitung selbst in diesem Falle, bloß im Falle äußerster Notwendigkeit einzustellen. Da die Koalitionsblätter schreiben, daß das Gesetz nicht ein zeitweiliges, sondern ein dauerndes sein soll, führt dessen § 34 in dieser Hinsicht den künftigen Ausnahmestand ein. Dafür spricht, daß die Pressefreiheit nach diesem Schutzesetze, aus der Wirklichkeit der Gesekworten ausgeschlossen sind. Schließlich hat die Aufhebung der wichtigsten Garantien, welche der Pressefreiheit gegeben sind, ihr Vorbild nur im größten österreichischen Absolutismus aus der Zeit des Kaisers. Ich ist Handlwerk zum Opfer gefallen... Bedenken wir noch, zu welchen Folgen die Praxis kommen kann, dann glauben wir, daß wenigstens für sozialistische Parteien der Wortlaut des Gesetzes kein so selbstverständlicher ist, insbesondere, wenn sie bedenken, daß sie ihre Stellung in der Regierung nicht ewig garantiert haben, weder durch ihre heutige und umso weniger durch ihre zukünftige zahlenmäßige Stärke, noch durch ihre theoretischen Grundzüge. Es kann ihnen also auch geschehen, daß nach einem Gesetze für das sie heute begeistert kämpfen, ihre eigene sozialistische Presse verlost werden wird.“

Sogar von Hudec hat sich also noch die tschechische Sozialdemokratie beschämen lassen. Man kann also nicht einmal von ihr sagen, sie ist auf dem Hudec gekommen. Sie ist noch tiefer gesunken.

Das Urteil der „Arbeiterzeitung“.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ gibt den Inhalt des Schutzesetzes wieder und sagt dazu einleitend:

Um es gleich zu sagen: der Entwurf ist eines der gefährlichsten Ausnahmengesetze, ein Dohn auf die Grundzüge der Demokratie; wenn er also beschloßen würde, eine Schmach für die Republik. Die Verfasser haben in allen Ausnahmengesetzen, in den altösterreichischen natürlich, aber auch in den Ausnahmengesetzen der Kisezeit Ausschau gehalten und aus allen das Vergste zu dem Entwurf zusammengebraut, der nun wirklich der Auszug aller böhlichen Kräfte ist. Die besondere Infamie des Gesetzes liegt darin, daß für dieses, von dem Bestand der Republik betrachtet gar kein Anlaß vorhanden ist; denn es ist ja nicht die republikanische Staatsform, die bekämpft wird; was bekämpft wird, ist nur die Machtverteilung in der Republik; von den nichttschechischen Nationen die ausgesprochenen Minderheiten der Tschechen, von den Kommunisten der Hebermut der Koalitionsparteien. So zielt das Ausnahmengesetz, das sich ganz fälschlich ein Gesetz zum Schutze der Republik nennt, einseitig gegen die Deutschen, gegen die Slowaken, gegen die Magyaren, anderenteils gegen die Kommunisten, die die verbotenen tschechischen Sozialdemokraten fürchten, ohne zu begreifen, daß die Kommunisten ihre Anziehungskraft auf die Arbeiter geradezu ausschließlich der so verhassten Politik der tschechischen Sozialdemokraten verdanken. Es ist, mit einem Wort, ein Ausnahmengesetz zur Bewahrung der Macht im Staate für die tschechische Bourgeoisie, an welche Macht die tschechischen Sozialdemokraten ihre Sache nun geradezu unaufhörlich gekettet zu haben scheinen.

Inland.

Eine Blüte der Konstitutionspraxis.

Die Abgeordneten Genossen Pohl, Palme und Schuler wandten sich in der Freitagssitzung des Abgeordnetenhauses an den Justizminister betreffend die Konstitution der „Gewerkschaftlichen Rundschau“ in Reichenberg, in einer Anfrage, der wir folgendes entnehmen:

Die Staatsanwaltschaft in Reichenberg hat in der Ausgabe der Gewerkschaftlichen Rundschau vom Freitag, den 9. Feber 1923 in dem Auszug „Der Internationale Friedenskongress, der einen über diesen Kongress gehaltenen Vortrag im Auszug wiedergibt, zwei Stellen konstatiert. An der einen Stelle wird der Beschluß des Internationalen Gewerk-

Schäfts-Kongress in Rom vom April 1922 wieder- gegeben, der sich gegen den Krieg richtet und wie folgt lautet:

„Der internationale Konvent erklärt, daß die organisierten Arbeiter die Pflicht haben, allen in Zukunft drohenden Kriegen mit allen Mitteln entgegenzuwirken und den tatsächlichen Ausbruch eines Krieges durch Proklamierung des Generalstreiks zusammenbrechen zu lassen.“

Dieser Beschluß wurde feierlich in allen Tagesblättern der tschechoslowakischen Republik veröffentlicht, ohne daß er nur in einem einzigen Blatte von den Zensurbehörden beanstandet worden wäre. Noch ärger und völlig widersinnig ist die Konfiskation der zweiten Stelle, die aus folgenden Worten besteht:

„Ein Teil seiner weiteren Ausführungen war dann der Anwendung von Generalstreik und Boykott im Kriegsfall gewidmet.“

Nicht einmal unter der ärgsten, verhöhrtesten und schimpflichsten Zensurwirtschaft während des Krieges, als der österreichische Militarismus seine Organe feierte, ist eine Konfiskation ähnlicher Art vorgekommen, wie es die ist, die von der Reichsamtlichen Rundschau verübt wurde. Die Genannten fragen daher: Ist der Justizminister geneigt, die Staatsanwaltschaft in Reichenberg darüber zu belehren, daß die Konfiskation des Beschlusses des Internationalen Gewerkschaftskongresses gegen den Krieg, den in der Tschechoslowakei geltenden Gesetzen widerspricht und gegen die staatsbürgerlichen Rechte verstößt, die in den Verfassungsgesetzen der Republik niedergelegt sind?

Eine Siebzehnmütigenkung im Abgeordnetenhaus. Die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses eröffnete Präsident Tomášek um 10.30 Uhr vormittags. Zum ersten Gegenstand der Tagesordnung, dem Handelsvertrag der Tschechoslowakei mit Portugal, referierte für den Gewerkschafts-Abgeordneter Kretický, der erklärte, daß unsere Handelsbeziehungen mit Portugal viel regere sein könnten, wenn unsere Industrie diesem Lande eine größere Aufmerksamkeit zuwenden würde. Besonders könnten Wolle, sowie Textil- und Eisenwaren ausgeführt werden, während wir aus Portugal Lebensmittel, hauptsächlich Fische, beziehen könnten. Nachdem noch Abg. Dr. Derer die Annahme des Handelsvertrages empfohlen hatte, wurde dieser in erster Lesung genehmigt. Sodann wurden in zweiter Lesung das Gesetz über die vom Staate ausgegebenen Gegenstände künstlerischer Bedeutung und der Handelsvertrag mit Lettland angenommen. Ende der Sitzung um 10.47 Uhr vormittags. Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses findet am Dienstag den 20. Febr. um 1 Uhr nachmittags statt. Auf der Tagesordnung befindet sich u. a. der Bericht des Budgetausschusses über das Gesetz betreffend die direkten Steuern in der Slowakei und Karpatenrußland, zweite Lesungen, und die Debatte über die Dringlichkeitsinterpellationen betreffend die Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit. Wie verlautet, wird diese Debatte durch eine Erklärung des Ministers für soziale Fürsorge Habrman eingeleitet werden.

Die Bevorzugung der Koalitionspresse. Am Montag den 12. Febr. nachmittags wurden von drei Ministern, deren Namen uns bekannt sind, die Vertreter der Presse der Koalitionsparteien eingeladen und es wurden ihnen Aufforderungen über das Gesetz zum Schutze der Republik gegeben. Am Ende der Besprechung wurde ihnen der bejähliche Gesehentwurf übermittelt. Derselbe Drucksache wurde erst am Dienstag den 13. Febr. in Abgeordnetenhaus aufgelegt und gelangte erst an diesem Tage zur Kenntnis der Mitglieder des Hauses. In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses überreichten nun die Abg. Genossen Dr. Czoch, Cermak und Hillebrand eine Interpellation, da sie der Auffassung sind, daß es ein unkorrektes Vorgehen ist, wenn Mitglieder der Regierung an einen Teil der Presse eine Regierungsvorlage im Vorlaufe überreichen, ehe sie dem Abgeordnetenhaus vorgelegt ist. Die genannten Genossen stellen daher an die Gesamtregierung die Frage: 1. Wie rechtfertigt sie dieses Verhalten der drei Minister? 2. Womit begründet das die Regierung, daß sie auf solche Art das Abgeordnetenhaus herabsetzt, daß sie eine Regierungsvorlage, statt sie dem Abgeordnetenhaus zuerst vorzulegen, an eine Gruppe von Journalisten ausliefert? 3. Ist die Regierung geneigt, sich wegen dieses Verhaltens der drei Minister vor dem Abgeordnetenhaus zu entschuldigen und vorzuführen, daß sich ein ähnlicher Vorgang nicht wiederholt?

Neue Verurteilungen und Bestrafungen.

Essen, 16. Febr. (Wolff) An der heutigen Nachmittags-Sitzung des französischen Kriegsgerichtes wurde Oberbürgermeister Habenstein in 3 Jahren Gefängnis, der Betriebsdirektor des Rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerkes zu 5 Millionen Mark Geldstrafe und vier Richter Schäfer aus Essen zu 2 Jahren Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Das Essener Polizeirätklein wurde heute nachmittags von einer Kompanie Panzerautos umstellt. Alle Polizeibeamten in der Stadt, die sich nicht retten konnten, wurden verhaftet. Die Franzosen besetzten sämtliche Büros und Betriebe. Eine Reihe höherer Beamter wurde verhaftet.

Das Gesetz zum Schutze der Republik

im verfassungsrechtlichen Ausblick des Abgeordnetenhauses.

Der Vorsitzende Dr. Gruban erteilt zunächst dem Abg. Gen. Dr. Czoch zu formalen Anträgen das Wort.

Abgeordneter Genosse Dr. Czoch:

„Das Gesetz trägt alle Merkmale eines Ausnahmsgesetzes: es stellt ganze Massen der Gesellschaft, ganze Parteien des Landes, den größten Teil der Arbeiterbewegung außerhalb des Gesetzes; es ist gereizt, jedes freie Wort im Lande zu erlöten, jede Kritik zu unterbinden und schlägt so der Demokratie ins Gesicht. Es verdient kein anderes Schicksal, als die sofortige Zurückweisung ohne jede Verhandlung in dieser Körperschaft sowie im Hause. Darum beantrage wir den Uebergang zur Tagesordnung.“

Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages will ich mir zunächst einige Feststellungen gestatten. Das „Pravo Lidu“ hat in seiner Nummer vom 3. Febr. den bei der Vorbereitung der Vorlage beobachteten Vorgang als „wirklich demokratisch“ bezeichnet und der Meinung Ausdruck gegeben, daß das Gesetz nunmehr nur noch von den wirklichen Feinden der Republik bekämpft werden könnte. Mit diesem Stigma behaftet, tritt die Opposition in die Beratung des Gesetzes ein, wahllos, eine liebliche Querverweise zu den bevorstehenden Auseinandersetzungen über dieses Schandgesetz. Die Koalitionsparteien haben sich einen sonderbaren Begriff von Demokratie zurechtgelegt: Sie haben jene Gruppe von Menschen, die von ihnen in contumaciam zu Feinden der Republik gebrandmarkt wurde, während der wochenlangen Verhandlungen über das Gesetz auch nicht ein einziges Mal gehört, ihrem Kreise keinen der Experten einmengen und sie auch in keiner Weise informiert; die Fähigkeit zur sachlichen Nachprüfung des Gesetzes wurde einzig und allein nach der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Nationalität oder Parteirichtung eingeschätzt. Wahlich, wähl ein Abg. um d. k. läßt da zwischen der in diesem Staate gebrauchten und der wahren Demokratie freies Abenden Völkern!

Das Drüdenste liegt darin, daß dem Ausschusse eine 12tägige Frist zur Erstattung des Berichtes erteilt wurde. Wohl erklärte die Regierung, daß das Gesetz kein Ausnahmsgesetz sei, daß man der Opposition freie Hand in ihrer Kritik und für ihre Antragsstellung lasse und daß man die Anträge der Opposition einer Würdigung unterziehen werde; gleichzeitig berand man aber der Opposition die Möglichkeit der angebotenen gewünschten Mitarbeit, indem man diese durch die kurze Befristung faktisch verhindert. Es handelt sich hier um ein Ausnahmsgesetz, welches nach dem Willen der Koalition in aller Schärfe angewendet werden soll, um ein Gesetz, an welchem Menschenschicksale und die Ehre des Landes hängen. Die Koalition steht hier vor der schwersten Probe auf ihre demokratische Gesinnung, wir wollen sehen, ob sie diese Probe bestehen wird. Wir stellen daher die folgenden Anträge:

1. Der Ausschuss geht zur Tagesordnung über.
2. Eventualantrag für den Fall der Ablehnung des ersten Antrages: „Der Verfassungs- und Rechtsausschuss beauftragt: 1. An das Abgeordnetenhaus den Antrag zu stellen, die Befristung der Erstattung

Tages-Meinigkeiten.

Von Gottes Gnade, deutscher Schriftsteller.

(Ein Telefongespräch zwischen Doorn und Wirlingen.)

Der Extronprinz teilte einem amerikanischen Auswanderer mit, daß er vom Extrag seiner „Erinnerungen“ sich ein Alimantio gekauft habe.

„Hier W.K.“

„Hier Wilhelm. Wie geht es, Papa, was treibst Du?“

„Am, eigentlich zu mir. Die Schriftstellerei... Und Du?“

„Danke gehoramt, schreibe gleichfalls Tag und Nacht.“

„So — da will ich Dich nicht in der Arbeit stören.“

„O bitte, Papa, Du störst nicht im mindesten. Das Schriftliche besorgt bei mir Karl Rosner. Ich gebe nur ab und zu Kurierungen.“

„Darf man erfahren, was es diesmal wird?“

„Ich denk mir so, Papa, es wird diesmal ein 2450 RZ. Mercedes-Phaeton mit Limousine, dynamische Beleuchtung und fünfsacher Verzierung. Das Alimantio von den „Erinnerungen“ war doch zu wenig.“

„Du mißverstehst mich. Ich meine den Inhalt des Buags.“

„Ach so. Da muß ich doch gleich mal Rosner fragen. Er sitzt nebenan. — Rosner, was schreibe ich eigentlich jetzt? — Ja, Broja, das ist doch selbsterklärend! Ich meine: Titel, Inhalt? — Papa, Rosner sagt, daß ich meine Erlebnisse im Schützengraben rausbringe.“

des Ausschusses zu widerrufen. 2. Die Verhandlung der Vorlage wird unterbrochen, um die bisher eingeholten Gutachten zu ergänzen, um die gesamten Materialien allen Mitgliedern des Ausschusses zugänglich zu machen, damit sämtliche Parteien die Möglichkeit zum näheren Studium der Vorlage, zur Anhörung von Experten, zum Einvernehmen mit ihren Klubs und zur Vorbereitung ihrer Anträge geboten werde. 3. In der Zwischenzeit sind die Materialien durch Einholung von Gutachten der Prager deutschen Rechtsfakultät und der Presseexperten, soweit diese noch nicht gehört wurden, zu ergänzen. Das gesamte derzeit ergänzte Material ist sämtlichen Mitgliedern des Ausschusses zur Verfügung zu stellen.“

Abg. Dr. Kaffka beantragt die Beiziehung von Professoren der Deutschen und der drei tschechischen juristischen Fakultäten, die Vorlage der Materialien zum Gesetz, sowie der Gutachten, welche von den tschechischen Universitätsprofessoren erstattet wurden, Abg. Burian stellt den Antrag, der Ausschuss möge erklären, daß das Gesetz eine Abänderung der Verfassung beinhaltet.

Abg. Haken und wog. Juriga beantragen die Beiziehung von Stenographen. Abg. Dr. Reihner beantragt, über die Beiziehung von Sachverständigen erst nach der Generaldebatte zu entscheiden. Der Vorsitzende erklärte, über den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung erst nach der Generaldebatte abstimmen zu lassen; der Antrag auf Widerruf der Fristerteilung zur Berichterstattung sei nach seiner Meinung nicht zulässig, weil die Geschäftsordnung nur einen Antrag auf Verlängerung der erteilten Frist kenne. Ferner erklärte der Vorsitzende, er werde den Antrag Dr. Reihner vor den Anträgen auf Beiziehung von Sachverständigen zur Abstimmung bringen. Die Abg. Genossen Dr. Czoch und Hakenberg wenden sich gegen diese Erklärung des Vorsitzenden und beweisen, daß der Antrag Dr. Reihner geschäftsordnungswidrig ist. Trotz dieses Protestes bringt der Vorsitzende den Antrag Dr. Reihner zur Abstimmung, welcher mit den Stimmen der Majoritätsparteien angenommen wurde.

Mit Rücksicht darauf, daß der Vorsitzende den Antrag auf Widerruf der Fristerteilung zur Abstimmung nicht zuließ, beantragte Abg. Genosse Dr. Haas vom Plenum des Hauses eine Frist-erweiterung auf zwei Monate zu verlangen. Die Abstimmung nicht zuließ, beantragte Abg. Genosse Dr. Czoch, Dr. Haas, Hakenberg auf Uebergang zur Tagesordnung wurde bis nach Abführung der Generaldebatte vorbehalten. Der Antrag Dr. Kaffka auf Vorlage der Materialien wurde angenommen, alle übrigen Anträge der oppositionellen Parteien wurden mit den Stimmen sämtlicher Koalitionsparteien abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärte nun mit Rücksicht auf den großen Umfang des Gesetzes, die General- und Spezialdebatte gesondert durchzuführen, worauf der Berichterstatter Dr. Medvedy das Referat erstattete. Als erster Redner in der Debatte sprach Abg. Dr. Smeral, welcher in längerer Darlegung die Vorlage kritisierte und vom Standpunkte seiner Partei abhies. Hierauf wurde die Sitzung abgebrochen und auf Montag, den 19. Febr. 4 1/2 Uhr nachmittags, verlag.

„Du, Papa, über Deine Erlebnisse im Schützengraben? Aber Du warst doch gar nicht...“

„Du vielleicht? Uebrigens sollte Dir die einfachste Sohnespietät gebieten, zu meinen Gunsten zurückzutreten.“

„Debaure. Habe bereits Dollarvertrag mit Amerika.“

„Und ich Pfundvertrag mit Englandpresse.“

„Was zahlt denn die?“

„Ne, es macht sich. Dies verlogene, gewissenlose Strämervolk wollte erst nur 50.000 Pfund bieten. Weil es sich aber um deutschfeindliche Presse handelt — Ludendorffs Empfehlung — hab ich 20 Prozent Erlebnis-Ausschlag durchgesetzt.“

„Verdammt, mir scheint fast, ich habe mich von den Pantees blaffen lassen.“

„Na siehst Du. 60.000 Pfund sind doch ein schöner Bagen, den man nicht so aus der Hand gibt. Und ne junge Ehe kostet auch Geld.“

„Lassen wir das, Papa. Du weißt, Gilly liebt keine Gespräche über dies Thema. Wir werden uns schon einigen. Den Mercedes muß ich natürlich haben. Aber, weißt Du, neulich hab ich mich doch gewundert.“

„Wieso?“

„Das da in der Zeitung, daß für deutsche Schriftsteller gesammelt wird, weil sonst verhungern. Versteh ich nicht. Wo wir so schönes Geld mit der Schriftstellerei verdienen. Hätte das mir wissen sollen, ehe ich Kronprinz wurde. Wirklich — idealer Beruf, Schriftstellerei. Laß mir Rosner kommen, geb zwei, drei Anregungen und schon rennt mir alles mit Dollars und Pfunden die Türe ein. Kolossal einfache Sache. Warum machen's derks nicht ebenso? Müßten ne blödsinnige Bande sein, die deutschen Schriftsteller. Ließt Du übrigens jetzt auch Bücher?“

„Ja, gewiß, d. h. Niemand liest sie und sagt mir, was drinsteht. Während ich Holz säge. Tades Zeug zumest!“

„Nicht wahr, kurios. Die derks haben Schriftstellerei als Beruf gelernt und bringen's doch zu

nichts. Unferens setzt sich nur mal hin und schlägt die Gesellschaft auf der ganzen Linie.“

„Fürstentum bleibt eben Fürstentum.“

„James gesagt. Rosner muß mir auch sowas reinschreiben. Entweder an der Stelle, wo ich den Landsturm anheubte, der schlechte Ehrenbezugung gemacht hat. Wägende Szene, Rosner hat sich selbst überworfen. Ich siehe da in imponierender Haltung...“

„Die Du mir abgedrückt hast. So wie ich laust Dir's noch lange nicht. — Ah, still mal. — Ja. — Bernine ruft, sie langweilt sich. Auf Wiedersehen, mein Junge, und überanstreng dich nicht.“

„Danke, Papa, gleichfalls.“

Mich. von Lindenbuden (im Berliner „Vorwärts“).

Eine Hand wäscht die andere. Seit den Tagen des Weltkrieges hat der Apparat des staatlichen Pressebüros nicht mehr so fleißig gearbeitet wie jetzt gelegentlich der Rubrikation. Besonders unsere tschechische Nachrichtenverleihsanstalt arbeitet jetzt mit Hochdruck und zahlt tausendfach heim, was die Agence Havas früher zum Ruhm der Tschechoslowakischen Republik geleistet hat. Wie dem Pariser Büro jeder Mühsal anderer Genuß wertvoll genug schien, um aller Welt von ihm zu erzählen, so klingt augenblicklich keine Havas-Erfindung dem Prager Geschäftsfreund albern und unwahrscheinlich genug, daß sie nicht übernommen und von allen tschechischen Blättern einschließlich der „Prager Presse“ nachgedruckt wurde. Die schallende Ohrfeige, die Poincaré im englischen Parlament vor aller Öffentlichkeit empfing und als deren Märtyrer-Verdräuer sich beinahe der englische Ministerpräsident selbst bewährte, löst noch in unseren Ohren — tut nichts: im Klub von Milwaukee pries ein Uncle Sam die Gerechtigkeit der französischen Sache und sein Urteil macht doch den Tadel eines Vorar Law wert! Also dröhlet es Havas durch die Welt und das Ich. P. B. sumt es freudig nach. Im Ruhrgebiet geht alles drunter und drüber, die Kohlenproduktion sinkt, die Arbeiterchaft marri, die Lebensmittelzufuhr versagt, die Eisenbahnen stehen, die Offizierspeisiche wütet, das Kriegsrecht feiert tolle Tugien — mit nichts: ein Havas-Korrespondent sieht von seinem Pariser Schreibtisch aus mit eigenen Augen, daß im Ruhrgebiet Milch und Honig fließt, daß die Arbeiterchaft über Poincaré Einzug entführt wäre, wenn es den bösen Genuß und andere Geyer nicht gäbe, daß die französischen Offiziere kraft ihrer Klasse sanft sind wie die Tauben, und diese seine Geschichte vertraut er dem Prager Bruder an, der sie denn auch, groß aufgemacht, prompt an alle Blätter weiterleitet. So tropfen- und nachweise versprühen wir das schon seit Wochen, in den letzten Tagen aber brichts wie eine wahre Sturmflut herein, ein Strom von Lügen droht uns zu erfäufen. Wenn Poincaré diesen Klimbim nötig hat, scheint es um ihn vernebelt schlecht zu stehen, ist der eine Zaßuß, dessen man sich angeichts solchen Lebermaßes nicht erwehren kann. Und der zweite gilt dem französisch-tschechischen Bündnis. Wie eingeknüpft muß dieses doch sein, damit das tschechische Preßbüro sich zum Kanal aller Pariser Falschkeiten bergibt, und wie wenig wiegen angeichts dieser Tatsachen die ewigen Beteuerungen des Dr. Bensch von seiner strikten Neutralität!

Kommunistische Desraudanten und Brandstifter?

Dem tschechisch-sozialdemokratischen Blatte „Straß Bojzerei“ entnehmen wir folgende: Die Arbeiterkonsumgenossenschaft in Jungbunzlau, die vor längerer Zeit in die Hände der Kommunisten überging, liegt jetzt in Trümmern, und zwar infolge einer ganzen Reihe von Desraudationen und unsauberen Machinationen, welche die Leitung der kommunistischen Partei bisher zu verwickeln bemüht war. Nach den Mitteilungen des tschechisch-sozialdemokratischen Blattes soll der Redakteur Rohneck des kommunistischen Blattes „Rude Bojzerei“ Arbeitergelder, und zwar Anteile am Arbeiterheim und Beträge aus dem Fonds für die Hungernden Rußlands im Gesamtbetrage von mindestens 10.000 Kronen veruntrent haben. Ferner soll der Bezirksvertrauensmann der kommunistischen Partei in Jungbunzlau Prokabe mit einem größeren Geldbetrag verschwunden sein. Der Kommunist Svouda wiederum soll den Konsumverein in Jungbunzlau bestohlen haben und schließlich noch aus den Geldern dieser Genossenschaft eine in die Tausende Kronen gehende Abfertigung erhalten haben. Dem weiteren Berichte des genannten tschechisch-sozialdemokratischen Blattes ist zu entnehmen, daß die Magazine der Konsumgenossenschaft, deren Inhalt auf 78.000 Kronen veranschlagt waren, gesleert und dann in Brand gesteckt wurden, damit die kommunistische Partei so mit der Versicherungssumme die Abgänge decken könne, die ihd aus den verschiedenen Veruntrentungen aufstuden waren. Das Blatt stellt weiter fest, daß die Kommunisten Egon Polasek und Cerva, beide Buchhalter der Konsumgenossenschaft, als die Brandstifter entlarvt, verhaftet und durch Zeugenausagen auch der Brandlegung überführt wurden. — Wir bringen diesen Auszug aus den Darstellungen des tschechisch-sozialdemokratischen Blattes, ohne sie auf ihre Richtigkeit überprüfen zu können. Die Tatsachen aber, die in diesem Berichte angeführt werden, sprechen eine so deutliche Sprache, daß es den Kommunisten wohl schwer fallen dürfte, sie zu widerlegen. Nichtsdestoweniger sind wir neugierig, was beispielsweise der Reichenderger „Vorwärts“ hiezu zu sagen hat.

Deutschbürgerlicher Frochmänsjerkrieg. Die deutschen Nationalen Frösche, die aufgeblasen und überlaut qualenden, liegen bekanntlich seit gerau-

Die Franzosen im Ruhrgebiet.

Die englischen Industriellen für Lösung des Reparationsproblems.

Und für die Stabilisierung der internationalen Finanzen.

London, 16. Feber. (M.) Im Unterhause sind gestern unter dem Vorstehe des Abgeordneten Sir Allan Smith (Präsident des Vorstandes des Bundes der Maschinenindustrie) eine Beratung der sogenannten Industriegruppe im Unterhause über die Konsolidierung der internationalen Schulden statt. Die Debatte wurde auf den Antrag gegründet, daß nach der Konsolidierung der britischen Schuld an die Vereinigten Staaten ohne Verzug zur Konsolidierung der ausländischen Kriegsschulden aller Staaten einschließlich der deutschen Reparationen geschritten werde. In der Debatte wurde allgemein anerkannt, daß, wenn es gelingen würde, die politischen Schwierigkeiten zu überwinden, die Durchführung der Operation auf der beantragten Grundlage eine große Handels- und finanzielle Bedeutung hätte. In der Sitzung wurde auch hervorgehoben, daß die Frage der Liquidierung der britischen Forderungen nicht auf lange verlagert werden kann, wenn nicht die wirtschaftliche Krise verhärtet werden soll, die Großbritannien durchmacht und deren Ende durchaus unabsehbar ist. Die Sitzung befaßte sich auch mit der Frage der Arbeitslosigkeit und sprach ihre einmütige Überzeugung aus, daß die Krise nur durch die Erneuerung des Außenhandels beseitigt werden kann, die nur durch die Stabilisierung der internationalen Finanzen zu erreichen ist. Nach weiterer Behandlung aller Fragen wird der Regierung ein bestimmter Plan vorgelegt werden.

Die Bergarbeitergewerkschaft gegen Generalfreist.

Dortmund, 15. Feber. (Wolff.) Die Bergarbeitergewerkschaft erläßt einen Aufruf an die Bergarbeiter des Ruhrgebietes, in dem es heißt: „An die Bergarbeiter richten wir die dringende Aufforderung, sich nicht provozieren zu lassen, sondern die Ruhe und Besonnenheit wie bisher zu bewahren. Die Kommunisten und Unionisten, die fortgesetzt nach Generalfreist rufen, unterstützen damit bewußt oder unbewußt die Pläne Poincares. Kameraden, tretet den Generalfreistpropagandisten entgegen!“

Wieder ein „Verschulden Deutschlands.“

Paris, 15. Feber. (Havas.) Die Reparationskommission nahm die Note der deutschen Wiedergutmachungskommission vom 29. Jänner zur Kenntnis. In dieser Note wird die Einstellung der Ausfuhr von Maschinen und Materialien für den Wiederaufbau Frankreichs und Belgiens mitgeteilt. Die Reparationskommission konstatierte mit drei Stimmen (der englische Delegat enthielt sich der Stimme) ein Verschulden seitens Deutschlands.

frühen Morgenstunden auf der Strecke bei der Eisenbahnstation Bussum aufgefunden; die Bombe lag auf den Schienen beim Geleise, war aber nicht befestigt. Der Zünder war zum Teil abgebrannt. Auch in diesem Falle kam es nicht zur Explosion. Die zweite Bombe war in der Zeitschrift „A. R.“ eingepackt. Dieses Blatt erscheint in Wien. Die Polizei hat energische Nachforschungen wegen den Tätern dieser Bombenattentatsversuche eingeleitet.

Ein mißglückter Versuch Max Hölz zu befreien. (Eigenbericht.) Gestern drachen sieben maskierte Männer in das Breslauer Gefängnis ein, um Max Hölz zu befreien, der sich seit einiger Zeit dort in Haft befindet. Sie schlugen einige Wächter nieder, ergrißen aber die Flucht, als von allen Seiten Wächter herbeikamen. Der Plan dürfte in einem Zentralsaal gefaßt worden sein, in dem sich Hölz bis vor kurzem zur Untersuchung seines Gefängnisjahres befand. Wörtlich hat sich der deutsche Reichstag in der nächsten Zeit mit einem Gnadengesuch Hölz zu befassen.

Lohntämpfe in Budapest. (Eigenbericht.) Aus Budapest wird berichtet, daß die Vertrauensmänner der Erdereiarbeiter heute der Vereinbarung zugestimmt haben, die zwischen den Vertrauensmännern und den Unternehmern abgeschlossen wurde. Der Vertrag beinhaltet eine 18prozentige Erhöhung der bisherigen Löhne. Wie weiter aus Budapest gemeldet wird, hat heute eine Reihe größerer Metallfabriken ihre Arbeiter ausgesperrt. Der Grund zu dieser Maßnahme soll der Streik in einzelnen Metallfabriken sein. Die Aussperrung erfolgte über Antrag der Organisation der Unternehmer, die damit die Absicht verfolgt, die Arbeiter zum Kampfe zu provozieren.

Budapester Zustände. (Eigenbericht.) Im Jahre 1920 hat ein gewisser R. A. S., der den englischen Parl im Budapester Stadtwaldchen gepöckelt hatte, weil ihm keine Konzession erteilt wurde, die Oberstadthauptmannschaft telephonisch angerufen und ihr gedroht, daß er mit Hilfe des Bronny-Detachements die Polizei aus dem englischen Park verjagen lassen werde. Nun wurde wegen Gewalttätigkeit gegen die Behörde angeklagt und in der heutigen Verhandlung, in der der Oberstadt-

Die Mark steigt und die Lebensmittelpreise fallen nicht.

Berlin, 16. Feber. (Eigenbericht.) Als Illustration zu der Rede des Reichskanzlers im Landwirtschaftsrat muß festgestellt werden, daß trotz der starken Devisenrückgänge (bis auf ein Drittel des bisherigen Höchststandes) die Lebensmittelpreise nur wenig zurückgehen, zum Teil aber sogar steigen. Gerade die im Inland erzeugten Waren steigen weiter im Preise, während die Importwaren, wie Fett und Margarine, etwas billiger geworden sind. Die Händler begründen das damit, daß man nicht wissen könne, ob die Steigerung der Mark anhalten wird. Als aber die Mark fiel, pagten sie die Preise ohne weiteres dem Dollarkurs an.

Besprechungen über die englische Belegungszone.

London, 16. Feber. In der Downingstreet wurde heute Vormittag die Besprechungen der französischen Delegation und der britischen Minister über den Eisenbahnbetrieb im Ruhrgebiete fortgesetzt. Es wird berichtet, daß sich die Parteien für die Zeit der Verhandlungen zum strengen Stillschweigen verpflichteten.

Schweden appelliert an England und Amerika.

Stockholm, 16. Feber. Auf Einladung von Vertretern aller Gesellschaftskreise und politischer Parteien fand hier gestern eine öffentliche Volksversammlung über die Frage des Ruhrgebietes statt. In der angenommenen Resolution wird an England und die Vereinigten Staaten appelliert, daß sie zu einer friedlichen Lösung der Weltkrise beitragen, und daß die siegreichen Staaten, die Deutschland entwaffnet haben, selbst die Frage der allgemeinen Abrüstung in internationalen Konferenzen zur Sprache bringen.

Erschütternde Zustände in Deutschland.

Berlin, 16. Feber. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des Reichstages erwartete Genosse Moses ein erschütterndes Bild vom Hinsinken weiter Bevölkerungsteile Deutschlands. Er schilderte das Elend der Invaliden, Pensionisten und Rentner, die tatsächlich Hunger leiden und die Verbreitung der Tuberkulose und Rückgratverkrümmung bei Kindern und Jugendlichen. Empörend ist es, daß die bürgerliche Presse diese furchtbaren Tatsachen noch beschönigt.

Londoner Gerüchte.

Paris, 16. Feber. Infolge Nachrichten, die aus London vorliegen und vom „Matin“ verbreitet werden, ist gestern abends nach Schluß des Kabinettsrates in politischen Kreisen das Gerücht verbreitet gewesen, daß die Fragen, die augenblicklich zwischen Le Trocquer und der englischen Regierung besprochen werden, an Umfang zunehmen könnten und daß in kürzester Frist eine Aussprache zwischen Poincare und Bonar Law möglich sei. Im Foreign office hat man jedoch erklärt, man sei weder in der Lage, dieses Gerücht zu bestätigen noch zu dementieren.

Ein neue Hungernot in der Ukraine. Wie unser Czernowitzer Bruderblatt „Vorwärts“ aus der Ukraine meldet, sollen dort besonders in den südöstlichen Gouvernements, über zwei Millionen Kinder hungern, von denen nur 300.000 von den Behörden ernährt werden können. Tausende von Kindern, die von ihren Eltern verlassen wurden, leben wie im Vorjahre im Lande umher und betteln.

Große Verrückereien auf den russischen Bahnen. Nach Meldungen aus Moskau hat die Revision des russischen Verkehrswezens beendet. Infolge dieser Revision wurden 2970 Beamte, die auf den russischen Bahnen oder auf den russischen Schiffen angestellt waren, aus dem Staatsdienste entlassen. 1065 Entlassene wurden dem Gerichte übergeben, da sie sich schwere Verrückereien, Veruntreuungen oder sonstige Unregelmäßigkeiten im Dienste zuschulden kommen ließen.

Ein Schnelllektorecord im Maschinenschreiben. Den europäischen Record im Maschinenschreiben hält eine junge Engländerin, Millicent Woodward. Sie schreibt fast ebenso schnell, wie man durchschnittlich laut vorliest und zwar zirka 150 Worte in der Minute. Diese Schnelllektre behält sie auch beim Schreiben mit verbundenen Augen bei. Miss Woodward ist bei der „Royal Typewriter“-Gesellschaft angestellt und erhält den höchsten Gehalt, das eine Stenotypistin bisher in England erhalten hat, nämlich 1000 Pfund Sterling im Monat. Bei dem Weltkampf um die Meisterschaft von Europa erzielte sie nach Diktat 173 Worte in der Minute. Die Schnelllektre kam sie in einem einstündigen Diktat durchhalten. Sie schreibt völlig ohne Fehler und ihre Firma hat ihre „loftbaren“ Hände mit 5000 Pfund Sterling versichert.

Drohender Streik der Prager Kinobesitzer. Der Verband der Kinematographen in Böhmen hat gestern in Prag Plakate anbringen lassen, in denen er dem Prager Publikum mitteilt, daß die fortwährende Steigerung der Abgaben, die die Prager Kinos, an die Gemeinde abführen müssen, bald derart unerträglich sein werde, daß die Kinobesitzer gegebenenfalls in den Streik werden treten müssen. Die Streikdrohung der Kinobesitzer ist darauf zurückzuführen, daß einige Abgaben in der nächsten Zeit um 167 Prozent erhöht werden sollen. In der Kundmachung an die Bevölkerung heißt es dann weiter, daß die Eintrittspreise der Kinos herabgesetzt werden sollen und daß den Kinoangestellten ihre alten Löhne bleiben werden. Sollte die Stadtgemeinde die Erhöhung der Abgaben nicht widerrufen, so bleibe den Kinobesitzern nichts übrig als der Streik. — In Interzesse der Kinoangestellten wäre es zu wünschen, daß es nicht dazu kommt.

Kesselerplosion auf einer Grube. Wie aus Oberberg gemeldet wird, ereignete sich auf dem Franzensgrube in Obersiebenbrunn eine große Kesselerplosion, durch die zwei Arbeiter so schwer verletzt wurden, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

Die heutigen Affentierungen in Böhmen. Die politische Landesverwaltung in Prag hat über die heutigen Affentierungen eine Kundmachung erlassen, in der es heißt: Die heutigen Hauptaffentierungen finden in der Zeit vom 15. März bis 31. Mai statt. Zu den Affentierungen haben vor allem die Angehörigen der Jahrgänge, 1903, 1902 und 1901 zu erscheinen, und zwar der Jahrgang 1903 in der ersten, 1902 in der zweiten und 1901 in der dritten Affentklasse. Der Affentpflicht unterliegen im heutigen Jahre auch Angehörige des Jahrgangs 1900 und älterer Jahrgänge, die bisher ihrer Affentpflicht nicht nachgekommen sind. Auch die Angehörigen der Jahrgänge 1903, 1902 und 1901, die entweder freiwillig oder durch Affentierung Mitglieder der tschechoslowakischen Wehrmacht geworden sind, aber gemäß § 20 des Wehrgesetzes wegen Untauglichkeit aus dem Militärdienste entlassen wurden, haben vor der Affentkommission zu erscheinen, wenn sie vor dem 15. März 1923 entlassen wurden. Für die Affentierung wird eine eigene Affentkommission errichtet, deren Arbeitsplan demnächst zur Veröffentlichung gelangt.

Schiffkatastrophen. Infolge der großen Stürme sind mehrere Schiffe in Seenot. Beim Cap Klotters ist dem Vernehmen nach der britische Dampfer „Duncan Prince“ mit 40 Mann Besatzung untergegangen. Er fand die letzten nachmittags folgenden Junifprung: „Schiffbruch, wir ertrinken.“ — Der italienische Dampfer „Moncenio“ befindet sich 15 Meilen südlich vom Cap Lenny in Virginia im sinkenden Zustand. Weiße Streden des Landes haben durch starke Seestürme gelitten. Der Eisenbahnverkehr ist behindert.

Ein Pfiffikus. Der Beamte Steiner ersehnt oft in einem Handschuhgeschäft in der Prager Altstadt und verlangt nach deutsch ein Paar Handschuhe. Da die im Laden anwesende Tochter des Besitzers nicht deutsch verstand, mußte sie immer erst ihren Vater holen. Steiner benutzte dieses Moment und hielt in der Kassa Umschau. Gestern wurde er, dessen Handschuhkäufe bereits verdächtig wurden, bei der „Revisions“ der Kasse beobachtet und verhaftet.

Bei der Arbeit im Brunnen verschüttet. Als der Brunnenmeister Sedlatzschek aus Konopow mit seinem 20jährigen Sohne Peter in Dnejschik bei Preßnitz einen Brunnen reparierte und die Brunnenrinne hervorjag, löste sich ein Teil der Brunnenwand los und verschüttete den Sohn Sedlatzscheks. Unter einem Haufen von Steinen befand sich der Unglückliche von 12 Uhr mittags bis 4 Uhr nachmittags im Wasser, fortwährend um Hilfe rufend. Der übermenschlichen Anstrengungen des Vaters und herbeigeeilter Arbeiter gelang es, den Verschütteten zu retten. Seine Verletzungen sind schwer.

Selbstmord wegen Entlassung. Die Arbeiterin Antonie K. a. n. g. l., die in der Budweiser Tabakfabrik beschäftigt war und wegen Fingerringstahles entlassen wurde, hat sich in ihrer Verweilung über die Entlassung vor einem fahrenden Zug gestürzt. Ihre Leiche wurde mit zerquetschtem Kopfe und abgetrennter rechter Hand aufgefunden.

Selbsthänge wegen Mittermordes. Gestern erschien bei der Prager Polizei der 20jährige Geschäftsgeselle Josef Vojzdel aus Rudova bei Caslau und erklärte, daß er am Mittwoch abend seine Mutter in Rudova mit einer Fackel erschlagen habe. Vojzdel wurde in Haft gelassen, bis die Caslauer Stadtmairie die Sache aufgeklärt haben wird.

Telegramme.

Bergarbeiterstreik in Frankreich. Douai, 16. Feber. In verschiedenen Gruben des Kohlenbeckens von Douai ist heute der Streik ausgebrochen. Von rund 565 unter Tag Arbeitenden werden 3920 Streikende gemeldet. An vielen Stellen fanden Versammlungen statt. Zwischenfälle sind noch nicht gemeldet worden.

Calais, 16. Feber. Das Havasbureau meldet: Der gestern nachmittags im Anschluß an eine Versammlung der gemäßigten Mitglieder der Confédération generale du Travail und trotz des Widerwunders der Mitglieder, die sich zurückzogen, beschlossene Generalfreist in dortigen Bergwerken wird heute, Freitag, beginnen.

Sturmjahren im Unterhaus.

London, 16. Febr. (Gavas.) Im Unterhaus kam es zu stürmischen Szenen zwischen dem kommunistischen Abgeordneten Rowbold und dem Arbeitervertreter Keil MacLach. ... Der Vorfall wurde durch die Rede Rowbolds hervorgerufen, der den Standpunkt der Arbeiterpartei in den internationalen Fragen kritisierte, hauptsächlich bezüglich der kritischen Schuld an die Vereinigten Staaten.

Eng'land hofft einen Frieden mit der Türkei.

London, 16. Febr. (Reuters.) Der britische Gesandte in Konstantinopel wird heute Kommandant Pascha von der Bereitwilligkeit Englands, den Frieden mit der Türkei auf den Grundlagen des Lausanner Vertrages zu unterzeichnen, verständigen. Man hofft, daß diese Möglichkeit in Wäde verwirklicht werden wird.

Koalition der Sozialisten und Demokraten in Sachsen.

Dresden, 16. Febr. (Tsch. P.) Die Verhandlungen zwischen den sächsischen Sozialisten und den Demokraten wegen Neubildung der von den Kommunisten gefürzten Regierung haben begonnen. Ein Ergebnis dürfte jedoch erst gegen Ende des Monats zu verzeichnen sein, da vorher noch der sozialistische Parteitag seine Zustimmung geben soll.

Ungarn und Weizungarn in voller wirtschaftlicher Harmonie.

Budapest, 16. Febr. (Uz.) Handelsminister Valko erklärte Pressevertretern gegenüber, daß die ungarische Regierung, abgesehen von einer amtlichen Verbindung mit Serbien, nicht aufrecht erhalte, die mit Ausland geprüften Verhandlungen der privaten Interessengruppen bisher genehmigend zur Kenntnis genommen habe. So habe Ungarn bereits über 100 Waggon Petroleum aus Rußland erhalten. Ungarn erwarte aus Rußland wichtige Rohmaterialien und könne dagegen landwirtschaftliche Maschinen liefern.

Deutschlands Verfall.

Von Felix Stöffinger (Berlin).

Was nützt den Feinden alle List, die Maßlosigkeit mochen wir aus Mist. Ant. Kraus.

Die deutsche Statistik genießt weder im Ausland noch bei den unabhängigen Köpfen im eigenen Lande mehr das Ansehen, das die deutsche Wissenschaft besaß, bevor sie ihre verräthliche Hochzeit mit dem deutschen Militarismus gehalten hatte. Seitdem ist es anders geworden. Denn was mußten wir da hören! Die Medizin bewies den Wert des Dörrgemüses und der Kohlrübe für die Gesundheit des Volkes. Die Rationalökonomie berechneten auf Jahr und Tag die Aushungerung Englands. Die Juristen bewiesen das Recht auf den Einfall in Belgien. Und nach dem Kriege war es nicht besser. Die deutschen Sachverständigen triftierten bei allen Verhandlungen mit der Entente die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nach den Wünschen ihrer steuerreichen Besitzer. Bei allen wirtschaftlichen Enqueten zeigte es sich, daß wir in Deutschland, im Gegensatz etwa zu England, keine wirklich objektive Wirtschafts-

wissenschaft besitzen, sondern die politischen Meinungen und Klasseninteressen das Urteil der Sachverständigen trüben.

Und doch verdienen die Mitteilungen, die in den letzten Wochen in die Öffentlichkeit gekommen sind, die größte Aufmerksamkeit und sogar das Vertrauen der ganzen Welt. Das Bild des Glücks, das Rundgebungen der Ärzte und Wohlfahrtskassen enthüllt haben, die Statistik über den Produktionsverfall Deutschlands, vereinzelte Angaben über Erscheinungen eines immer schrecklicher nach außen dringenden Glücks entsprechen nur zu sehr der Wahrheit. Mag sein, daß manches gesagt wurde, um agitatorisch gegen den Rubreinsturz zu wirken, wie die Wissenschaft einst agitatorisch fürs Durchhalten gearbeitet hat. Aber — was wahr ist, bleibt wahr, ohne Rücksicht auf die Tendenz einer Aussage. Und die Wahrheit, die jetzt von Tag zu Tag immer lauter über Deutschlands Verfall in die Öffentlichkeit dringt, hat vielleicht nur den einen Fehler: daß die Wirklichkeit noch schlimmer ist.

Um mit einer schrecklichen Tatsache anzufangen: Im Jahre 1848 hielt Virchow den Scorbut für eine Krankheit, die in Deutschland vollkommen überwunden sei. Jetzt sind wir wieder so weit, daß 361 Fälle von Scorbut, darunter 5 tödliche, vorgekommen sind. Der Scorbut ist eine ausgeprägte Hungerkrankheit und tritt nur dort auf, wo die Konstitution bereits geschwächt ist und die Anstrengungen einer ungenügenden Ernährung nicht mehr ertragen kann.

Wie steht es nun mit der Ernährung im allgemeinen?

Von den vier Hauptgetreidesorten wurde 1922 nur die Hälfte von 1913 produziert. War nun zum Ausgleich die Einfuhr umso größer? Nein, sie betrug nur ein Drittel der Einfuhr von 1913.

Die gesamte deutsche Milchproduktion betrug 1913 26 Milliarden Liter. Sie sank 1922 auf — 10 Milliarden Liter. Aber selbst das ist noch jubel für die geschwundene Kaufkraft der Bevölkerung. Berlin verbrauchte im Frieden über 1 Million Liter Milch täglich. Heute werden Berlin überhaupt nur noch 400.000 Liter zugeführt. Aber von diesem Quantum werden nur zwei Drittel verkauft. Der Rest wird verbuttert, weil die Milch zu teuer ist. Ganz Berlin verbraucht heute nur noch ein Drittel von der Milchmenge, die 1913 in Berlin allein von den Kranken und stillenden Müttern verbraucht wurde. Das ist wohl ein schreckliches Bild einer sich selbst ausrottelnden Bevölkerung.

Im Jahre 1913 wurde pro Kopf und Jahr 22 Kilogramm Fett verzehrt. Ueber sechs Kilo mußten pro Kopf und Jahr eingeführt werden. Die inländische Fettproduktion ist heute mehr als 40 Prozent geringer. Aber genau so wie beim Getreide wird zum Ausgleich nicht mehr, sondern viel weniger Fett eingeführt! Der Verbrauch der Margarine geht so zurück, daß die zum größten Teil im ausländischen Besitz befindlichen Maschinen nur zu einem Drittel beschäftigt sind.

Mit Recht sahte neulich Prof. S. in einer Rede, der wir diese Angaben entnehmen, das Resultat dieses Zustandes in den Satz zusammen: „Der Hunger ist ein bedächtiger Mörder, er tötet nicht mit einem Schläge, sondern mit langsamem Gift, und wo er nicht töten kann, wirft er in langes Siechtum und lähmt die Kräfte für Gegenwart und Zukunft“. Heute müssen schon 17 bis 20 Prozent der schulpflichtigen Kinder wegen ihrer Schwäche um ein oder mehrere Jahre in der Schule zurückverlegt werden.

Die Ärzte wissen aber noch von anderen Zeichen der Not zu erzählen. Sie haben Zungenlunge gesehen, die in Zeitungspapier gehüllt werden. Sie haben Frauen in den Kliniken gehabt, die sich schämten, sich zur Untersuchung zu entkleiden, weil sie unter den Kleidern keine Wäsche mehr trugen.

Natürlich ist der Verfall des deutschen Ernährungswezens keine isolierte Erscheinung, sondern entspricht dem allgemeinen deutschen Produktionsverfall und dem Hinfallen des ganzen Wirtschaftslebens. Der vielbeschriebene deutsche Export ist heute etwa so groß wie es der von Belgien im Jahre 1913 war. Manche Produkte, die einst große Posten der Ausfuhr bildeten, müssen heute eingeführt werden. Heute müssen selbst zu dringenden Bauten hunderttausende Tonnen Zement im Ausland gekauft werden, obwohl Deutschland alle Roh- und Verarbeitungstoffe im eigenen Lande in Fülle und Fülle besitzt — aus Rohlenno.

War die Kohlennot schon seit dem Kriege eine Hauptursache für den Lebensverfall Deutschlands — wie soll es nun werden, wie wird es vier, sechs oder neun Wochen nach der Kohlenausfuhrperre im Ruhrgebiet sein?

Deutschland befindet sich leider wieder (oder noch immer) in der leichtfertigen Stimmung, mit der es sich im Kriege über alle Kriegserklärungen, Blockaden und langsam aber tödlich auswirkenden Kriegsmittel seiner Gegner zu beruhigen pflegte. Die Jüge beginnen ungeheuer zu fahren, die Schulen werden geschlossen, die Preise besonders für Nahrungsmittel steigen ins Ungemessene. Wird es da möglich sein, beliebig lange der neuen Glodade zu spotten und sich mit Ersatzmitteln zu trösten, die in der notwendigen Menge gar nicht existieren und auch in kleineren Mengen unerträglich sind? Wird Deutschland beliebig viel Kohle im valutastarken Ausland kaufen, beliebig lange auf jede Produktion im Ruhrgebiet verzichten, beliebig lange die dortige Bevölkerung, an fünf Millionen Menschen, durch freiwillige Spenden ernähren können?

Der Verfall Deutschlands rührt ja gerade davon her, daß im Krieg Millionen nicht schufen und dafür noch ausgefüttert werden mußten, daß die Produktion in die Luft gesenkt wurde oder brach blieb.

Damals tröstete man sich mit einem rucklosen und dummen Optimismus, den das Vieh des Deutschen in den letzten Tagen der Menschheit von Karl Kraus verpörrt: „Der Hungerplan wird ausgeführt, den Willen haben wir zur Macht... Was nützt den Feinden alle List, die Maßlosigkeit machen wir aus Mist.“ Von Mist haben die Deutschen im Kriege gelebt, und die Scorbutkranken von heute sind nur das natürliche Produkt einer mit den dünnsten Ersatzmitteln aufgezogenen Menschheit.

Unter solchen Umständen kann man nur mit der größten Besorgnis der Entwicklung der Dinge entgegensehen. Mit Erbitterung sieht man alle Rettungsnotizen, die für jede neue und so sehr gefährliche Zankun nur Hohn und Spott und die Behauptung übrig haben, auch daran habe man „gedacht“, „Vorsorge getroffen“, „durchhalten“ können wir. Auch im Kriege haben wir durch aber zuletzt nicht ausgehalten. So erfüllt uns jede neue Mitteilung über den Verfallzustand, in dem wir uns befinden, mit der allergrößten Besorgnis. Denn schließlich ist es nicht die Aufgabe der Völker, recht zu behalten, Widerstand zu leisten, Mitleid zu erweisen, sondern sich als Ganzes zu behaupten und durch alle Opfer hindurch lieber mit Hoffnungen auf die Zukunft zu leben als in der Gegenwart in Schönheit zu verenden.

Die deutsche Statistik beginnt die Wahrheit zu reden! Ihre Zahlen hören auf zu sein. Sie sind feucht von Blut und verströmen einen Verwesungsgeruch. Werden ihn die Männer, die die Verantwortung tragen, verspüren? Wann werden sie ihre Posten der statistischen Wahrheit anlassen, nachdem sich solange die statistische Wahrheit der Politik anzuheften hatte? Von diesen Taten der Einsicht in die realen Verhältnisse häuht heute für das deutsche Volk mehr als jemals vorher in seiner ganzen, an unnötigen Opfern so überreichen Geschichte.

Gerichtssaal.

Blutiger Streit um ein Mädchen.

Prag, 16. Febr. Bei einer Tanzunterhaltung im Gasthaus des Karl Sajer in Krusovic kam es zwischen Wenzel Sandler, Wenzel Fikal und Josef Subrt wegen eines Mädchens zu einer Streiterei, die später vor dem Gasthause in Täsk hielten ansartete. Sandler zog ein Messer und bracht seinem Gegner schwere Verletzungen bei. — Heute wurde er, der sich mit Trunkenheit und Aufregung verteidigte, vor einem Straffenat des D. O. R. S. o. u. a. l. zu fünf Monaten schweren Kerkers verurteilt.

Das Ende einer Nacht im Stundenhotel.

Prag, 16. Febr. Der Schneidergehülfe Alois Antes aus Prag-Kleinseite hatte sich heute vor den Prager Geschworenen wegen eines Vorverfuches zu verantworten, den er in der Nacht vom 9. zum 10. Dezember v. J. an der Prostituierten Anna Benes begangen hat. Antes lernte in Gesellschaft eines gewissen Benich die beiden Prostituierten Anna Benes und Bokena Silna irgendwo auf einem Nachbummel in Prag-Weinberge kennen. Die beiden Mädchen — Antes mit der Benes und Benich mit der Silna — verkehrten im Kisteigohel „Albule“ in Weinberge und im Nachtcafe „u. Valtra“. Bei einer solchen intimen Schöferstunde gab Antes der Benes 120 K. nahm sie ihr später aber wieder aus der Geldtasche und wollte das Hotelzimmer verlassen. Es kam zu einem Krawall und die Benes behielt sich den Hut des Antes als Pfand zurück. Nach 14 Tagen traf Antes die beiden Mädchen in der Gohlischegasse in Weinberge. Er ging auf die Benes zu und machte ihr Vorwürfe, daß er sich von ihr angefaßt habe und verlangte von ihr den Hut zurück. Die Benes ließ jedoch einen Wachmann holen und Antes wegen Belästigung freistellen. Am 9. Dezember kam Antes, der, wie später festgestellt wurde, totschädlich angefaßt war, wieder ins Kaffeehaus „u. Valtra“, wo die Benes mit einem Beamten saß. Als die beiden sich nach Mitternacht in irgendein Hotel begeben wollten, faßen sie auf der Straße einen Mann — Antes —, der ihnen nachging. Der Beamte wollte allen Unannehmlichkeiten aus dem Wege gehen, begleitete die Benes daher nur zum Gasthaus in der Streitagasse und verabschiedete sich dann. Einige Schritte vom Gasthaus entfernt trat er Antes, der ihm erzählte, daß er von der Benes angefaßt wurde. Der Beamte, der weiter ging, hörte dann die Rebeverfuchse, ließ zum Gasthaus zurück, wo Antes mit zwei Prassbüschen am Boden lag, während das Mädchen unversehrt geblieben war. Antes wurde angefaßt und dem Gerichte übergeben.

Antes, der noch ein ganz schmächtiges Bürgchen ist, erklärte heute, daß er durch die Anweisung arbeitsunfähig geworden sei und sich in einer so verzweifelten Stimmung befinden habe, daß er sich öfter betrank; er habe das Mädchen nicht erschlagen, sondern nur aus Rache einen Zettel geben wollen. Die Benes, die, als die Schüsse gegen sie fielen, ein Taschchen hob und nicht verletzt wurde, leugnet, Antes angefaßt zu haben, der auch mit der Silna verkehrt und sich vielleicht bei ihr die Krankheit geholt habe. — Nach längerer Beratung brachten die Geschworenen die Schulfrage auf Vorverfuch mit sieben Stimmen „Ja“, so daß Antes freigesprochen wurde. Wegen Übertretung des Waffengesetzes wurde er zu drei Tagen Arrest bedingt verurteilt. Nach der Urteilsvorlesung erteilte der Geschworenenschaar Bokaria dem Angeklagten im Geschworenensaal eine eindruckliche Belehrung. Antes versprach, sich diesen Prozeß als Warnung fürs Leben dienen zu lassen.

Der Held im Schatten.

Roman von Karl Bröger. (5)

Die feistliche Gesellschaft war inzwischen angetreten. Bilar Blume war auch gekommen und sah befriedigt auf sein christliches Werk. Die Tugendrede vom Vormittag ergänzte er durch erbauliche Betrachtungen über die Schönheiten des Christentums, von allen Anwesenden andächtig hingehört. Als der Bilar einen Lobgesang auf die Säuslichkeit anhub, riefte Johannes schuldbehaftet auf seinem Stuhl, denn Maria rühmt seine Abneigung gegen außerhäusliches Leben.

Wichtige Schritte polterten die Treppe herauf. Johannes kniffte hinter dem Rücken des Bilar nach Maria, die entschuldigend in Blume meinte: „Arbeitskollegen von ihm! Lauter Landsmänner.“ In der Tür leuchtete ein buntfarbiger Kerl auf. Er trug den breitgekrümmten Filzhut der ehrfamen Maurerzunft tief in die Stirn gedrückt; das Gesicht war beschattet und nur ein brandroter Schmirrbart von der die eines Mädchenkopfes zu sehen. Die Türe war höflich für kleinere Menschen berechnet. „Auwch, Donnach! Da hat schenkt's der Zimmermo nach an Schneid'n g'mess'n.“ Hast an niedern Stuhl, sonst hau i a Loch in die Deck'n.“

Hinter dem Kopfen drängten weitere vier Männer nach, der Wehner list, ein unterfester Kerl mit einer Raufingelaxe als Gesicht, der Hartl, dürr wie ein Postleber, der Venesofber, ein hübscher Burck in geistlichem Anzug und endlich der Herr „Bolter“, kennlich an einer mächtigen Glatze und an dem Restloof, der woffischen der hinteren Hofentfäße und dem Hof achnungsgebietend rante. Jeder trug ein Kotei unterm Arm, der laune Ales aufwendend eine Ziehharmonika am Riemen über der Schulter.

Dem Pfarer war die Ankunft der rauchen

Gesellen unheimlich. Doch denen war die Anwesenheit des Pfarers noch unheimlicher. Sie wagten kaum einen Scherz und benahmen sich recht manierlich. Crusthafte und verständige Reden über das Wetter wurden geführt, dabei besonders erörtert, wie lang noch im freien gearbeitet werden könne, und einer achtete auf den andern, daß er beim Trinken nicht zu lange im Krug blieb. Alles wegen des Bilar! Nur der lang: Aleses rüchte unruhig auf seinem Platz. Schließlich ging er aus dem Zimmer, kam aber gleich wieder zurück, breites Zammanzeln im Gesicht und einen schmährlichen Hauch auf dem süchtigen Schmirrbart. Er war begeistert Schmirrer und hatte den Zwiespalt von Anstand und Leidenschaft durch sein Austrreten gelöst. Das freute die christliche Haut innig.

Als der Bilar aufbrach, gab es ein allgemeines Scharren und Krachen der Füße und Verbeugungen, wie christliche Maurer und Mörtelmacher sie eben im Geseit haben.

„Feiner Mann, der junge Herr Pfarer“, urteilte der laune Aleses. „Aber ich halt's mit die Pfarer doch wie derselbig Bauer, der a' sagt hat: Weilt, Nachber, untern Marver sieh i am Weilt'n in der Kirch. Do kann i ihm ausweich'n... Rei antel recht'schaff'n schmirrn konnt. Aber est san mir unter uns Pfarersdächter. Magst, Hannes?“

Die Dose wauderte trümm und schnell war die erbauliche Stimmung verschwunden. Johannes leate den Hof und den vertrockneten Hentkraen ab. An so bequemem Anzug setzte er sich an d's A-wende der Tafel. Alle andern folgten dem Beispiel. Bis auf den Venesofelder, der nicht schlecht oehänfelt wurde, weil er als einziger Hof und Kragen anhielt. Er gricnte ober bloß und justifizierte herausfordernd die profschblinnte Vinde vor.

Der laune Aleses bearbeitete sein Maurer-Klavier nach allen regeln der Kunst. Er zog den

Balg mit athletischer Kraft und machte keine sehr reine, aber eine sehr laute Musik. Marsche, Tänze wechselten. Hartel und der „Bolter“, die sich für verkannte Sänger hielten, weitersetzten mit dem launen Aleses um die Oberherrschast im Reich der Töne und setzten ihre ganze Stimmkraft daran. Bald sang alles, die Hochzeiter eingeschlossen.

Gestern Abend, spät in stiller Ru—hu, hört ich im Wald wohl einer Amsel zu—hu. Und als ich draußen sah und meiner ganz vergaß, da kam die Amsel, sie schmeichelt sich an mi—hich und küsst mi—hich.

Die Endsilben jeder Zeile wurden endlos hinausgezogen und erstarrten in launtem Säufeln.

Die werdende Wirkung blieb nicht aus. Zuerst bezog die Hausgenossen Posten im Flur, bei schicklicher Gelegenheit wollten sie einer Einladung folgen. Dann kamen die Nachbarn, und bald saßen wohl an zwanzig Menschen im Zimmer, dazu noch ein halbes Dutzend Flurgäste. Hochzeitliche Kleider hatten außer dem jungen Ehepaar und vielleicht dem Venesofelder kein Mensch an. Wie sie dem Zug ihres Herzens gefolgt waren, in Pantoffeln, in Schlappschuhen, ohne Weste und Unterrod saßen die Menschen da und freuten sich wie Schneeföngige. Es gab reichlich zu essen und überreichlich zu trinken, denn man wußte im Zwinger, was man bei einer Hochzeit zu fordern hat.

Ernst stand betäubt mitten in dem Trübel. Angenehme Schlafheit besaß ihn. Zuweilen bewegte ihn der heftige Drang, mitzutun. Dann griff er nach einem leeren Glas und reichte es dem launen Aleses, der das Ant des Kellermeisters verfaß. Der punkierte mit den schon etwas vertäubten Augen, munterte den Buben zu vollen Zügen auf und Ernst machte es den andern treulich

nach. Wertwürdig, daß er so viel klarer und schärfer sah und für Augenblicke über dem Fest schwebte, als wäre es weit, weit weg von hier.

Er traut weiter, wurde aber mit jedem Schlaf widerstandlos gegen die andringende Erschöpfung. Teilnahmslos legte er sich auf einen wirbelnden Menschen. Er sah die Mutter mit Stuhl und starre krampfhaft in das Geslir der wirbelnden Menschen. Er hoch die Mutter mit dem Lengenfelder walzen, der noch immer handhaft in Hof und Kragen anhielt; er glaubte, die Mutter lächeln zu sehen, doch ging alles unter in dem übermächtigen Wunsch nach Schlaf, nach Ruhe, nach Fernsein. Zich aus dem Zimmer tastend, froch Ernst die Bodentreppe hinauf und saul in den Kleidern auf die Betten nieder. Wie aus weitzer Entfernung hörte er noch grölen, dann fiel alles: fest, Eltern, Menschen und eigenes Fernhüßsein in ein endlos tiefes schwarzes Loch.

Die Löhners tauchten wieder im Alltag unter. Nach vierundzwanzig Stunden war die Welt ihres Hochzeitsfestes veranicht. Johannes schleppte seine Ziegelsteine, die nicht leichter wurden, weil sie jetzt auf verheiratete Schultern drückten. Die Stunden setzten ihren grauen Reigen fort und längst stand der Hochzeitsstag wie ein seltsamer Fremdling aus Traumland abseits des trüben Kreises.

Ernst kostete die Eltern Geld. Wohl war er Kreisfchüler, und sein Ömmer, der Bilar Blume, trug manche kleine Last. Die Eltern rechneten über jeden Pfennig aus und mußten rechnen, und seufzten über jeden Rechenbogen, der notwendig war. Nur die wirklich auffallenden Fortschritte des Buben ließen es gewagt scheinen, das oncsangene Studium vorzeitig abubrechen. Die Eltern konnten sich in dem Gedanken, ihren Sohn einmal als Lehrer zu sehen, und dieser Gedanke erleichterte die drückende Last der Ausgaben.

(Fortsetzung folgt.)

Kleine Chronik.

Brand eines kanadischen Dampfers. Wie aus Valencien gemeldet wird, hat eine Feuerbrunst den kanadischen Dampfer „Carpin“ zerstört. Die englische Fregatte „Churchill“ rettete die Besatzung.

Explosion einer Mine auf einem Berliner Uebungsplatz. Die Berliner Blätter berichten, wurden auf dem Truppenübungsplatz Dabery die zerrissenen Leichen dreier Geschosssammler aufgefunden. Die Verunglückten hatten nach einem Uebungschießen mit Minenwerfern trotz aller Verbote nach Geschossteilen und Blindgängern gefacht und in einem Geschäft den Blindgänger einer mittleren Mine gefunden. Bei dem Versuch, die Mine in einem Kinderwagen abtransportieren, explodierte das Geschos und zerbrach die drei Sommer, drei Arbeiter aus Berlin, hauptsächlich in Stücke. Die Blätter betonen, es sei ein Glück, daß die Mine auf freiem Felde und nicht in einer belebten Gegend explodierte, sonst hätten unter Umständen Hunderte von Menschenleben durch die Explosion vernichtet werden können.

Brüdensinkung unter einem fahrenden Zug. Nach einem Telegramm aus Konstantinopel stürzte eine provisorische Brücke auf der Strecke Smyrna-Angora, als sie von einem Güterzuge befahren wurde, zusammen. Acht Wagen stürzten in den Fluß. Die Zahl der Toten ist noch nicht bekannt.

Nietenbrand einer Blechfabrik. Neuer meldet aus Omaha: Ein am Donnerstag in den Werken der Kemour-Blechfabrik-Gesellschaft ausgebrochener Feuer hat bisher drei Gebäude von je neun Stockwerken zerstört. Der Schaden wird auf zwei Millionen Dollars geschätzt.

Verheerende Schneestürme in Amerika. Aus New York wird gemeldet: Starke Stürme, die auf dem ganzen amerikanischen Festland wüten, haben sowohl am Festlande, wie auf dem Meere bedeutende Schäden verursacht. Schneestürme haben in mehreren Orten sämtlichen Verkehr unmöglich gemacht. Einige Häuser wurden durch Wirbelstürme zerstört. Mehrere Menschen sind erstorben.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Die Teuerung.

Steigen der Großhandelsindexziffer von Jänner bis Feber von 1003 auf 1019.

Dem Bericht des statistischen Amtes zufolge, beläuft sich die Großhandelsindexziffer Anfang Feber auf 1019, während sie im Jänner 1003 und im Dezember 1922 999 betragen hat. Insgesamt sind also die Preise im letzten Monate durchschnittlich um 2,5 Prozent gestiegen. Besonders gestiegen sind die Fleischpreise und zwar Rindfleisch um 10,6 Prozent, Kalbfleisch um 5,3 Prozent, Schöpfenfleisch um 9,5 Prozent. Dagegen sind die natürlichen Fette billiger geworden und zwar Schweinefett um 1,4 Prozent, Butter um 12,5 Prozent. Auch Eier sind um 18,6 Prozent gefallen. Bemerkenswert ist das Steigen der Textilstoffe. Rohbaumwolle ist um 9,3 Prozent, Wolle um 2,8 bis 4,7 Prozent gestiegen. Was die pflanzlichen Nahrungsmittel betrifft, sind nur Gruppen, Kartoffeln und Erbsen im Preise unverändert geblieben, während die anderen Waren dieser Gattung gestiegen sind. Am meisten Weizen um 11,1 Prozent, ebenso natürlich auch Weizenmehl. Bedeutend ist auch das Steigen der Rohhäute um nicht weniger als 35,3 Prozent und Glaswaren um 5,3 bis 13,2 Prozent. Auch die Metalle sind durchschnittlich um 1,4 Prozent teurer geworden. Daß der Zucker teurer geworden ist, ist bekannt, aber auch Kaffee ist um 5,4 Prozent, Tee um 3,8 Prozent gestiegen. Bier und Wein sind jedoch billiger geworden.

Aus all dem ist zu ersehen, daß die steigende Tendenz der Preise, die wir bereits vor einem Monat konstatierten fortan, weiter andauert. Die Zeit des Preisabbaues scheint endgültig vorbei zu sein.

Steigen der Mark, Fallen des französischen Francs.

Eine der beachtenswertesten Erscheinungen auf dem Valuten- und Devisenmarkt ist das in letzter Zeit eingetretene Steigen der Mark und das Fallen des Francs. Angesichts des Einflusses der Franzosen im Ruhrrevier hätte man den weiteren Kurssturz der Mark für selbstverständlich halten sollen. Gerade das Gegenteil ist eingetreten. Seit einiger Zeit ist die Mark in bedeutendem Maße im Steigen begriffen. Den tiefsten Kursstand erreichte die Mark am 5. Feber, an welchem Tage man in Berlin für eine tschechoslowakische Krone 1221 Mark bekam. Seitdem jedoch bekam man für eine tschechoslowakische Krone 578 Mark, was eine Wertsteigerung der Mark in elf Tagen um mehr als 100 Prozent bedeutet. Ob nun die Franzosen mit ihrer Ruhraktion einen Erfolg erzielen oder nicht, sicher ist, daß dem Deutschen Reich aus der Besetzung des Ruhrgebietes ungeheure Kosten erwachsen, die nicht anders als durch den Druck neuer Banknoten gedeckt werden können. In einer Woche werden leicht 100 Milliarden Papiermark herausgegeben, wozu noch kommt, daß die Darlehnsklassen soeben ermächtigt wurden, Darlehnsklassenscheine, also weiteres Papiergeld bis zum Betrage von einer Billion Mark auszugeben. Ferner ist

die deutsche Industrie gezwungen, große Mengen englischer Kohlen einzuführen und auch im Inland wird der Bedarf an Papiergeld infolge der Teuerung unheimlich groß. Wenn trotzdem der Wert der Reichsmark gestiegen ist, so ist dies darauf zurückzuführen, daß die deutsche Reichsbank eben seit dem 5. Feber Tag um Tag große Devisenbestände abgibt und auf dem New Yorker Markt Markenkäufe tätigt. Die Vorräte an Devisen stammen daher, daß Deutschland gegenwärtig keinerlei Reparationszahlungen leistet und so die auf diese Weise erübrigenden Devisen zu Stützungsbanknoten der Reichsbank verwendet. Wie lange die Reichsbank diese Politik fortsetzen kann, ohne in Schwierigkeiten wegen Beschaffung der für die Bezahlung von Lebensmitteln und Rohstoffeinfuhr notwendigen Summen, zu geraten, ist fraglich. Auf die Dauer kann die Mark auf die Art, wie es die Reichsbank in den letzten Tagen tat, nicht gestützt werden, weil ja die Devisenvorräte der Reichsbank bald ausgehen müssen.

Von ebensolchem Interesse ist das Fallen des Frankfurter. Am 1. Jänner stand der Frank in Zürich 39,20, d. h. 100 französische Franken kosteten 39,20 Schweizer Franken, während man 14 Tage später denselben Betrag in französischem Gelde um 32 Schweizer Franken bekam. In Prag kosteten 100 französische Franken zu Neujahr 236 Kronen, gestern jedoch nur noch 208 Kronen. Das Fallen des Frank scheint seine Ursache darin zu haben, daß Frankreich aus der Mobilisierung eines Teiles seines Heeres und der Besetzung des Ruhrgebietes ungewöhnliche Kosten erwachsen sind und diese Kosten — bei dem Konservatismus der französischen Steuerpolitik und der Steuerfurcht der Franzosen — nur dadurch gedeckt werden können, wenn neue Banknoten herausgegeben werden. Nun hat sich zwar der französische Banknotenumlauf in der letzten Zeit nicht vermehrt, aber die internationale Spekulation rechnet doch mit einer in einem späteren Zeitpunkt notwendigen Vermehrung der Umlaufmittel als Folge der Kosten, die aus der Besetzung des Ruhrgebietes erwachsen. Insbesondere an der Londoner Börse hat in den letzten Tagen eine pessimistische Auffassung des Frankfurter die Oberhand gewonnen, welche zu einer Abwärtsbewegung des Frankfurter geführt und sich allen anderen Börsen mitgeteilt hat. Wenn die Franzosen mit ihrer Ruhraktion lauter solche Erfolge erringen, wird ihnen bald vor den Folgen ihres hemmungslosen Imperialismus bange werden.

Sozialdemokratische und kommunistische Gewerkschaftsarbeit. (Lohnschiebsgerichtsverhandlungen für die südböhmischen Sägewerke.) Mit 31. Dezember 1922 lief der Prager Vertrag für die Sägearbeiter ab, welchem auch die meisten Sägewerke in Südböhmen unterliegen. Bei der am 31. Jänner 1923 stattgefundenen Verhandlung des Lohnschiebsgerichts in Prag einigten sich alle technischen Verbände einschließlich der Kommunisten dahin, daß eine 20prozentige Lohnreduzierung ab 1. Jänner 1923 in Kraft tritt. Die Vertreter unserer Kreisgewerkschaftskommission Südböhmen erklärten, daß sie einer solchen Reduzierung nicht zustimmen, weshalb eine neuerliche Verhandlung für die im deutschen Gebiete liegenden Sägen, deren Arbeiterschaft in den Organisationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes mit dem Säge in Reichenberg organisiert ist, für den 12. Feber 1923 einberufen wurde. Es gelang unseren Vertretern beim Lohnschiebsgericht für diese Sägewerke die Lohnreduzierung auf 15 Prozent herabzudrücken. Die Unternehmer, welche ab Neujahr um 25 Prozent weniger Lohn ausbezahlen, müssen nun den Mehrbetrag von 10 Prozent wieder zurückzahlen. Dies ist ein Erfolg, da der Industriellenvertreter sich immer auf die Einigung mit den tschechischen Organisationen hinwies und erklärte, daß 16 Sägen im tschechischen Gebiete mit 20 Prozent Abbau einverstanden waren. Außerdem wurde die Firma Lechner gezwungen, den Arbeitern für die Zeit, während welcher sie mit einem Gitter in zwei Schichten arbeiten, den Lohn nach Klasse 2 zu bezahlen, während sie nur nach Klasse 3 bezahlt hatte. Die Papierfabrik in Kienberg wollte die Arbeiter am Holzplage aus dem Papierarbeitervertrage ausschalten und in den Sägearbeitervertrag einreihen und sprach das Lohnschiebsgericht in diesem Falle aus, daß damit die Firma einen Vertragsbruch begangen habe und diese Arbeiter nicht dem Sägearbeiter-, sondern dem Papierarbeitervertrage unterliegen. Diese beinahe einstündige Verhandlung zeigte uns wiederum, daß die Arbeiterschaft in ihren kämpferischen Gewerkschaften die sicherste Gewähr für ihre Interessen hat und daß alle Beschimpfungen vonseiten unserer Gegner damit in sich selbst zusammenbrechen.

Die Zahl der landwirtschaftlichen Nutztiere. Detaillierte Zahlen über die Zahlung landwirtschaftlicher Nutztiere zum 31. Dezember 1920 veröffentlicht das Statistische Staatsamt in der Nr. 66-68 seiner „Mitteilungen“. Nach den Ergebnissen dieser Zahlung wurden in der ganzen Republik im ganzen gezählt: Pferde 590.687, Rinder 4.376.765, Schafe 985.523, Ziegen 1.220.752 und Schweine 2.052.687. Bezugs Vergleichung wird auch der Stand vom Jahre 1910 angegeben mit 692.041 Pferden (um 14,6% mehr als im Jahre 1920), 4.595.614 Rinder (um 4,8% mehr als im Jahre 1920), 1.322.342 Schafe (um 25,5% mehr als im Jahre 1920) und 2.515.782 Schweine (um 22,5% mehr als im Jahre 1920). Auf 100 ha Acker, Wiesen und Hutweiden entfielen im Jahre 1910 8,0, im Jahre 1920 7,0 Pferde, 53,3, 51,5 Rinder, 15,3, 11,6 Schafe, 8,2, 14,4 Ziegen und 29,2, 25,9 Schweine.

Der „theoretische“ polnische Gulden. In der Sitzung des polnischen Senates vom 15. Feber brachten die nationaldemokratischen Senatoren eine Interpellation betreffend die Einführung des theoretischen polnischen Guldens ein. Finanzminister Grabski, der sich zu der Sitzung einfindet, erläuterte, daß die Einführung des theoretischen polnischen Guldens nicht obligatorisch ist und daß das Finanzministerium in der Richtung zu intervenieren beabsichtigt, daß die Banken oder Finanzinstitute den theoretischen polnischen Gulden einführen. Weiters erklärte der Finanzminister, daß der Sanierungsplan, den er nächsten Samstag dem Ersparungskomitee des Ministerrates und in der nächsten Zeit dem Parlamente vorlegen wird, die allmähliche Einführung der Goldwaluta bedeutet. (1?)

Das österreichische Arbeitslosenlohn. Aus Wien wird gemeldet: Die Konferenz der Vorstände der Gewerkschaftsorganisationen hielt Freitag eine Beratung über die Arbeitslosigkeit mit den sozialdemokratischen Mitgliedern des Parlamentsausschusses für soziale Verwaltung ab, in der über die Unterstützung der Arbeitslosen verhandelt wurde. In der Arbeitslosenunterstützungsfrage wurde eine Einigung erzielt und die Forderung der Arbeitslosen auf Sicherstellung der Unterstützung im Gesamtbetrage von 108.000 Kronen wöchentlich, sowie diesbezügliche Resolutionen angenommen.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Frank	1577,50
Berlin	Mark	578,00
Wien	östr. Kr.	2110

Prager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1380,00	1384,00
100 Mark	1962,50	2062,50
100 schweiz. Frank	645,75	648,25
10 Lire	167,01	167,01
100 franz. Frank	207,75	209,25
1 Pfund Sterling	160,875	162,375
1 Dollar	343,00	343,00
100 belg. Frank	182,25	183,75
100 Dinar	34,076	35,10,00
100 östr. Kronen	0,04775	0,05275
100 poln. Mark	750,00	850,00
100 magyar. Kronen	125,50	120,50

Züricher Schlusskurse.

	Geld	Ware
Paris	32,00	32,50
London	24,94	24,99
Berlin	0,2850	0,2950
Mailand	25,50	25,60
Delfand	210,50	211,00
Wien	0,074	0,075
Budapest	0,1950	0,2050
Prag	15,75	15,85
New York	5,3275	5,3375
Selgrad	5,10	5,20
Warschau	0,0111	0,0125
Wien gest.	0,0000	0,0000

Kunst und Wissen.

Neues Theater. Heute, Samstag, neu studiert unter Spielleitung Roman Reinhardt's Gerhart Hauptmann's Schauspiel „Rose Bernd“ mit Hermine Nebelst in der Titelrolle. Um 10 Uhr Nachvorstellung, Gastspiel Ronny Johanson. Sonntag abends Gastspiel Maxe „Rosenkavalier“. Montag „Der Gästling der Jarin“.

Kleine Bühne. Heute, morgen nachmittags und abends „Die kleine Süberlin“.

Bereinsnachrichten.

Urania.

Wochenprogramm.

Deute, viertel 8 Uhr: Urania-Kulturfilmvorführung, Bio „Alma“. Zweiter Teil: „Die Wunder des Schneeschuhs“ (Einleitende Worte: Dr. Jenkins.) Karten 2-6 K. Urania, Wegler. Ab halb 2 Uhr: Bio Garderobenschaller. — 5 Uhr: Vollprobe für das Schüler-Orchester. — Halb 7 Uhr: „Herstellung, Verarbeitung und Verwendung von Stahl und Eisen“ mit Lichtb., Prof. der Technik Gehrner. 3. Vortrag in der Reihe: „Naturwissenschaft und Technik“. Karten 4, Mitglieder 3 K.
Sonntag, 4 Uhr: „Eine Reise durch Griechenland. Lichtbildervortrag Univ.-Prof. Sammann-Marburg. Karten 5, Mitglieder 4 K.
Montag, 8 Uhr: „Gesicht und Charakter“, Karl Rothaus mit Lichtbildern und Demonstrationen am Publikum. Karten 10-8 K, Mitgl. 8-4 K.
Dienstag, 6 Uhr: Urania-Kinovorstellung „Die Ruffanten des Lebens“, Bio „Alma“. Karten 10-2 K, Urania und Wegler. — 8 Uhr: „Mittelschule und Elternhaus“ mit Lichtb., Ministerialrat Landes Schulinspektor Strauß. 4. Vortrag in der Reihe: „Unser Kind“, (Ueber Raeduktion, sexuelle Aufklärung und Wahl der Mittelstufen).
Mittwoch, 4 bis 7 Uhr: Kurse: Prof. Brusch.
Donnerstag, 6 Uhr: „Biologie“, Dr. Prof. Liebal.
Freitag, 6 Uhr: „Gedächtnislehre und Willensbildung“. Beginn des dreitägigen Kurses von Leo Erichsen. Karten für alle drei Abende: 35, 25 und 15 K. — Karten zu allen Veranstaltungen (Mitgl. Erm.): Urania-Kassa 9-1 und 3-7 Uhr.

Aus der Partei.

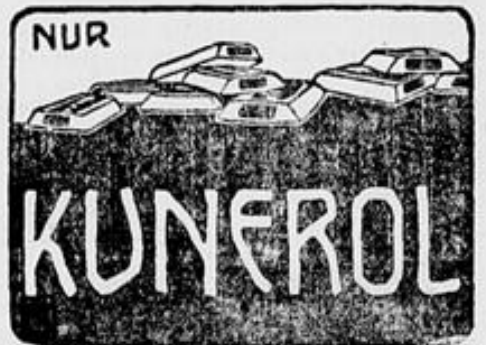
Bezirkskonferenzen Tetschen und Benzen. Sonntag, den 18. Feber um halb 9 Uhr vormittags Bezirkskonferenz in Tetschen. Tagesordnung: Organisierung der sozialen Fürsorge im Bezirke Tetschen und Vortrag über die notwendigen Schritte bei der Vermögensabgabe. — In Benzen findet am 25. Feber um 2 Uhr nachmittags im „Schwarzen Hof“ die Bezirkskonferenz mit nachfolgender Tagesordnung statt: Berichte und Vortrag über die notwendigen Schritte bei Vorreichung der Vermögensabgabe.

Turnen und Sport.

Das internationale Eishockey-Turnier im Pariser Eispalast wurde von der tschechoslowakischen Mannschaft definitiv gewonnen. Die Tschechoslowaken, welche in den zwei vorangehenden Abenden die Belgier und Franzosen besiegten, schlugen vorgestern abends im Finale auch die Kanadier 4:0. Das Spiel der Tschechoslowaken mit den Franzosen wurde vor einem großen Publikum gespielt, welches die schöne sportliche Leistung, die ihr vorgeführt wurde, voll anerkannte. Die Mannschaften beider Staaten sind offensichtlich gleichwertig und erzielten je drei Punkte. Weil aber die Tschechoslowaken nach ihrem glatten Siege am Montag über die Belgier mehr Punkte erzielt hatten, wurden sie für das Finale mit den Kanadiern qualifiziert.

Der europäische Boxmeister im Mittelgewicht geschlagen. Aus London wird vom 16. d. gemeldet: In Albert Hall fand gestern abends ein Boxkampf statt, in dem der Londoner Boxer Roland Todd Coung nach der 20. Begegnung den europäischen Meister des Mittelgewichtes Sid Lewis besiegte. Die Sachverständigen bezeichnen die Boxart Todds als klassisch.

Mitteilungen aus dem Publikum.



Vertreter: Siegfried Beck, Prag-Karolinental, Hetzinsellasse 7. 1498

1000 Gewinne gratis! In den Monaten Feber und März l. J. wird die Chem. Fabrik Libenia außer der obligaten Gewinnaktion noch separat 1000 Gewinnmarken in die bestbekannte und bewährte Schutzmarke Libenia einlegen. Die Gewinne stehen aus mehreren Beträgen à 1000, 500, 250 Ké sowie aus einer großen Anzahl von Wertgegenständen. Näheres siehe Flugblätter. Dabei bleibt die Qualität der Libenia-Creme unübertrefflich. 1428

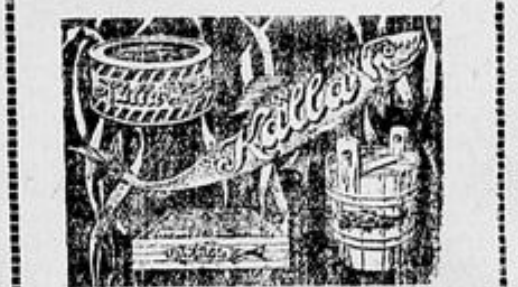
Herausgeber: Dr. Ludwlg Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Holik.

VI. Internationale Prager Frühjahrsmesse

370 vom 11. - 13. März 1923. Auskünfte, Legitimationskarten à Ké 25.— etc. beim Messamte Prag I., Altstädter Rathaus.

Kuh & Kretsch Likörfabrik Teplitz-Schönau.

KALLA's Braueringe, Fischkonserven, Bäcklinge.



zu beziehen durch die Großverkaufsgesellschaft für Konsumve eine in PRAG II., Für: erova nám. 4. 1278

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

BANK FÜR BRAUINDUSTRIE, PRAG II., Havlíčkovo 25.
Brann, Schätenshofen, Tyrnau (Slowakei).
Offizielle Bankgründung der Brauindustrie-Organisationen des tschechoslowakischen Staates. 607

Inscribieren Sie im Sozialdemokrat!